

Heinrich Lummer

# Generalabrechnung

## Versprochen – gebrochen: Vier Jahre Rot/Grün

„Die Interessen der Neuen Mitte kommen brutal unter die Räder.“ (Stefan Baron)

### 1. Die Räumung der Neuen Mitte

Die Legislaturperiode einer rot-grünen Regierung neigt sich dem Ende zu. Große Worte wurden am Anfang gesagt und die Stimmung war euphorisch. „Aufbruch“ hieß der Titel des Buches von Bodo Hombach, das als Grundlage der neuen Politik angesehen wurde. Gerhard Schröder schrieb darin ein Nachwort, das es in sich hat.

Das Ergebnis der Wahl sei ein „Blankoscheck der Bürger auf unsere Zukunftsfähigkeit“. Diesen Bürgern bot die SPD an, „einen neuen Gesellschaftsvertrag zu initiieren.... ein großes Bündnis der Modernisierer..... Neue Koalitionen derer, die Eigeninitiative zeigen wollen... Deutschland will Anschluß gewinnen an den Aufschwung der Europa erfaßt.“

In England, Frankreich und den Niederlanden, wo Sozialdemokraten die Reformen anstießen und vorantrieben, so Schröder weiter, habe man Aufschwung und neue Kraft „und das wird auch in Deutschland so werden.“

Und dann natürlich der Satz: „Die Sorge über die hohe Arbeitslosigkeit hat die Wahl entschieden, und das Vertrauen, daß die SPD sie am kompetentesten bekämpfen kann... Es gibt für unser Regierungshandeln einen Prüfstein: die Beschäftigungswirksamkeit unserer Konzepte.“ So konnte man vor vier Jahren lesen. Von Aufbruch und Euphorie war die Stimmung getragen. Und nun?

Eine „neue Ära“ hat man erwartet. Nach vier Jahren haben wir den Alltag mit den gleichen Problemen. Man hat sich als Reformriege verstanden, die den Problemstau auflöst. Und nun haben wir mehr Probleme als vorher.

Wenn man sich heute selbst als Reformler preist, dann nennt man die Homo-Ehe, die „Öko“-Steuer und vielleicht noch den Atomausstieg. Die Steuer- und Rentenreform sind längst wieder reformbedürftig. Und die überfällige Gesundheitsreform hat es gar nicht erst gegeben. Dafür eine neue Ministerin.

Wenn man die hinter uns liegende Legislaturperiode betrachtet, dann kann man drei Phasen erkennen.

Da waren zunächst die Jahre 1998/1999. Das „Dream-Team“ (Bodo Hombach) Schröder-Lafontaine das nach dem Motto angetreten war: „Wir sind bereit“, und „wir machen nicht alles anders, aber vieles besser“, entpuppte sich als ganz und gar unvorbereitet. Sie schafften – wie versprochen – einige Maßnahmen ab, die die Kohl-Regierung noch durchgesetzt hatte, um den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. Ansonsten gab es Pleiten am laufenden Band. Das Wort von der „Nachbesserung“ machte die Runde. In der dänischen Zeitung Berlingske Tidende hieß es nach einigen Monaten: „Die ersten vier Monate waren unglaublich schwach. Es gibt nichts, was darauf hinweist, daß die nächsten 44 Monate besser werden.“ Die Regierung blamierte sich so gut sie konnte. „Reihenweise Korrekturen“ titelte der Tagesspiegel am 6. 10. 1999. Thomas Schmidt meinte in der Welt am 3. 2. 1999 über die SPD: „Sie bleibt die altmodische Partei eines gestrigen Fortschritts. Sie verteidigt die Arbeitsplätze gegen den Wandel der Arbeitswelt. Sie ist dem Kolonnendenken aus der Frühzeit der Industrialisierung noch immer verhaftet. Sie läßt Flexibilisierung nur zu, wo es nicht mehr anders geht. Sie versucht gar nicht erst, an der Spitze der Entwicklung zu stehen.“ „Nachbesserungen im Stundentakt“ hieß es ein wenig übertrieben in der Berliner Zeitung (20. 11. 1998).

Von „Kalter Küche“ sprach der STERN; „Hasenfüße am Werk“ meinte Die Zeit und in DIE WOCHE spürte man die Enttäuschung in den Worten: „Zu viel Klein Klein, zu konfus, zu verfahren.“

Die Wirtschaftswoche läßt ihre Leser im Dezember 1998 wissen, daß nur 2 % der Opinion-leader von der bisherigen Politik der neuen Regierung positiv überrascht gewesen seien. „Schlechter als erwartet“ meinten hingegen 61 % der Befragten. In der FAZ hieß es: „Wer wie Rot-Grün bei den Sozialleistungen – dem größten Haushaltsposten – partout nicht sparen, sondern drauflegen will, muß Steuern erhöhen oder Schulden machen.“ (27. 10. 1998)

Waren das alles nur Zeichen eines Fehlstarts nach dem Motto: bereit, aber unvorbereitet? Inzwischen wissen wir es alle besser. Es waren nicht nur Startprobleme. So sind sie eben. Vgl. Verbots-Verfahren in Sachen NPD, die Nachbesserungsarie bei der Rentenreform, die verschleppte Bundeswehrreform und z.B. die Frage des Airbusses für die Bundeswehr.

Auf die Frage, ob solche Pannen normale Startschwierigkeiten seien, meinte der Chef eines Bonner Beratungsunternehmens, Prof. Simon: „Nein, das Kudelmuddel wird bleiben, weil es an einer schlüssigen Konzeption mangelt. Jede Änderung zieht deshalb sofort 100 Reparaturen nach sich.“ (Wirtschaftswoche vom 3. 12. 1998)

Es gab sogar Selbstkritik nach dem ersten Jahr Rot-Grün. Ministerpräsident Stolpe meinte am 7. 10. 1999: „Es war keine gut genutzte Zeit. Die Erwartungen der Leute sind enttäuscht worden.“ Sogar der Gesundheitsminister Mentefering kam nicht umhin festzustellen: „Es waren elf Monate, die uns nicht gelungen sind.“ (7. 10. 1999)

Dann kamen als zweite Phase die Jahre 2000/2001. Die Opposition in der Krise. Spendenskandal bei der CDU: Schwarze Konten, schwarze Kassen, unbekannte Spender, Schreibers Drohungen. Das waren Stichworte der Diskussion. Die Regierung konnte sich sonnen. Die CDU war im Tief. Die FDP profitiert noch heute davon. Man stelle sich vor, den CDU-Spendenskandal hätte es nicht gegeben. Da Schäuble gehen mußte – wer weiß eigentlich noch warum –, kam für die CDU/CSU die K-Frage hinzu. Bis zu Beginn des Jahres 2002 bewegte diese Frage die Republik.

In dieser zweiten Phase der Legislaturperiode schien die Wiederwahl der rot-grünen Regierung eher gesichert. Aber mit dieser Sicherheit ist es nun vorbei. In der dritten Phase ist alles wieder offen. Denn das Frühjahr 2002 bescherte auch der SPD einen Spendenskandal. Und der ist nicht von Pappe. Aber nicht nur das. Die Arbeitslosigkeit stieg über die 4-Millionen-Grenze. Es gibt eine Schlußlichtdebatte in Deutschland. Die Deutschen als frühere Musterschüler sehen sich nun in wichtigen Fragen im Besitze der roten Laterne. Für die Regierung stellt sich die K-Frage als Kompetenzfrage. Und dann die Wende der Grünen - weg vom Bild der pazifistischen Partei zu einer, die Gewalt als Mittel der Außenpolitik nicht mehr ausschließt. Das führte zu Friktionen, auch in der SPD. Der Kanzler hatte für seine Bundeswehreinsatzpolitik keine Mehrheit im Parlament. Im Falle Mazedonien half ihm die Opposition aus. Das war ziemlich peinlich. In Sachen Afghanistan mußte er die Vertrauensfrage stellen, um die Abweichler bei der Stange zu halten. So ging es für eine Reihe von Abgeordneten der Koalition um die Frage: Behalten wir unser pazifistisches Gewissen in Sachen Auslandseinsätze in Afghanistan, oder behalten wir doch besser unser Mandat und die rot-grüne Regierung. Denn Schröder hatte damit gedroht, Neuwahlen zu veranstalten, wenn er keine Mehrheit bekommt. Pragmatisch, wie man sich gibt, entschieden sich ausreichend viele Abgeordnete von Rot und Grün für Amt und Mandat. Die blamable Spitze leistete sich eine grüne Gruppe, die beschloß, daß sich die eine Hälfte fürs pazifistische Gewissen entscheiden durfte und die andere Hälfte fürs profane Geld in Gestalt von Amt und Mandat. Wie tief sind sie gesunken? Diese dritte Phase der Legislaturperiode mündet in den Wahlkampf, der als ein offenes Rennen gesehen werden muß.

## 2. Der Kampf um die Mitte

Politische Begriffe haben ihren Wert und ihre Bedeutung. Wer in der Lage ist, gesellschaftlich relevante als positiv gesehene Begriffe zu besetzen, verschafft sich damit auch Vorteile für die Wahlen. In den 50er Jahren war es der CDU gelungen, in der Ost-West-Auseinandersetzung den Begriff „Freiheit“ zu besetzen. Sie hatte Erfolg damit. Später, als im Schatten der Atombombe die Angst vor einem Krieg zu tausenden von Friedensinitiativen, Friedensdemonstration und einem Höhepunkt der Friedensforschung führte, gelang es der Sozialdemokratie, diesen Begriff zu besetzen bis hin zu der Aussage, wer für den Frieden sei, müsse SPD wählen. Auch sie hatte Erfolg damit.

Auch der Begriff Mitte vermittelt heute positive Assoziationen. Im Wahlkampf 1998 hat die SPD die „Neue Mitte“ erfunden, für sich reklamiert und damit Erfolg gehabt. Die Mitte wird als Kompromiß zwischen den Extremen rechts und links, oben und unten angesehen. Sie hat was mit Maß (halten) zu tun. Die Wähler orten sich gern in der Mitte, und die Parteien wollen auch in der Mitte der Gesellschaft stehen, um ihre Erfolgchancen zu vergrößern. Das Bild der Mitte ist gleichwohl problematisch und das kommt in den unterschiedlichen Beschreibungen zum Ausdruck.

Wenn Müntefering den Werbegag wählt und im Blick auf die Bundesfahne sagt: „In Deutschland ist die Mitte rot“, dann ist das gewiß falsch, weil die Farbe „rot“ keineswegs für Maß und Mitte steht. Auch die historische Herkunft der Fahne hat mit solchen politischen Farbtheorien wenig zu tun. Aber so erregt man Aufmerksamkeit, und man braucht die „neue“ Mitte nicht mehr zu vertreten, weil sie tot ist und keiner mehr daran glaubt. Nun soll eben die Mitte rot sein.

Das Meinungsforschungsinstitut EMNID hat die Bürger in Deutschland nach ihrer Einordnung der Parteien auf einer Skala zwischen links und rechts befragt. Und siehe da, die CDU landete ziemlich in der Mitte und die SPD ziemlich links. Dieses veranlaßte Frau Merkel dazu festzustellen: „Die Mitte ist eben rechts von links.“ Genauso ist sie natürlich links von rechts. In Erinnerung an Platons Ethik des Maßhaltens zwischen den Extremen kann Schäuble zutreffend feststellen: „Die Mitte ist Maß.“ Und wenn jemand sagen würde, die Mitte ist mittelmäßig, nämlich zwischen dumm und klug oder gut und böse gelegen, dann wäre das auch nicht ganz falsch.

Man tut sich eben schwer mit der Beschreibung der Mitte. Die SPD hat sich in den zurückliegenden Jahren schwer getan, den beanspruchten Standort in der Mitte auch zu erreichen, geschweige denn, ihn einzuhalten. Deshalb sieht es jetzt gelegentlich so aus, als wolle sie den einfachsten aller Tricks verwenden, indem man sich selbst als Mitte definiert. Das klingt dann fast biblisch. „Ich bin die Mitte; da wo ich bin, ist die Mitte, ganz gleich, wie ich mich drehe, wende und winde“. Dazu die FAZ am 21. 2. 2002: „Schröder nimmt für sich in Anspruch, durch seinen Lebensweg und durch seine von ihm betriebene Politik die ‚Mitte‘ zu repräsentieren.“

Für Bodo Hombach war die Beanspruchung der Mitte gerechtfertigt durch eine gewollte Politik der Modernisierung und des dritten Weges. Eine solche Politik setzte für ihn eine Modernisierung der Partei voraus. „Modernisieren, um zu regieren, dann regieren, um zu modernisieren“, war sein Motto. Aber er stellte 1998 auch fest, der Zustand der SPD entspreche nicht der Aufbruchstimmung. Nun ist die Aufbruchstimmung weg, und die Modernisierung der Partei als Voraussetzung für eine moderne Politik der Mitte hat nicht stattgefunden. Die SPD hat die politische und gesellschaftliche Mitte nicht erreicht oder wieder geräumt. Die „Modernisierung“ als Voraussetzung für die Zukunftssicherung unseres Landes hat nicht stattgefunden. Dafür gibt es eine Fülle von Zeugnissen. Dazu einige: Im Dezember 2000 stellte Paul Hefty in der FAZ fest: „Kein Wähler, der allein wegen Schröders Parole von der ‚neuen Mitte‘ 1998 für die SPD gestimmt hat, hätte allerdings erwartet, daß er damit einen Linksruck beim Betriebsverfassungsgesetz fördern würde – aber die sozialdemokratische Stammwählerschaft (zumindest ihr aktiver, besonders gewerkschaftlicher Teil) war sich schon damals einig, daß es mit der ‚Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte‘ so nicht weitergehen könne und daß das Mitbestimmungsrecht die veränderten Unternehmensstrategien konterkarieren solle.“ (18. 12. 2000)

Schon im Oktober 1998 vermutete Stefan Baron in der Wirtschaftswoche: „Die andere Politik wird nun Realität. Der Koalitionsvertrag zwischen Rot und Grün – der nun vorgelegte Steuerreformplan allemal – ist Lafontaine pur. Von einer modernen Sozialdemokratie à la Tony Blair, einer ‚linken Angebotspolitik‘, von der Schröder-Berater Bodo Hombach gerne schwätzt, keine Spur. Statt dessen

die alten Parolen und die vulgär-keynesianische Makro-Hydraulik eines gelernten Physikers. Die Schwärmer und Illusionisten aus der Neuen Mitte erfahren nun, daß sie Rot-Grün nur als Stimmvieh gedient haben.“ (15. 10. 1998)

Für die Räumung der Mitte nach links spricht auch die Hinwendung der SPD zur PDS. In Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat die SPD Koalitionen mit der extremen Linken gesucht. Verwunderlich sei, so liest man in der FAZ vom 8. 1. 2002 „mit welcher Gelassenheit die SPD in Berlin dem Treiben ihres Statthalters Wowereit zuschaut, dessen rot-rote Koalition ihr im Jahr der Bundestagswahl das Konzept der ‚neuen‘ Mitte verdirbt.“

Bodo Hombach als „Ideologe“ der „Neuen Mitte“ ist ebenso gegangen worden, wie das Schröder/Blair-Papier der Vergangenheit angehört. Die Spuren der „Neuen Mitte“ sind vom Winde verweht.

Die Präsenz des linken Saarländers hat Schröder als Mitte im Sinne rechts von links erscheinen lassen. Aber dessen Präsenz war Episode. Und nach seinem Weggang mußte sich der neue Parteivorsitzende der ungewandelten links liegen gebliebenen Partei weiter annähern. Denn eine wirkliche Chance, die Partei im Sinne Hombachs zu verwandeln, hatte Schröder nicht.

Dazu die Wirtschaftswoche (14. 10. 1999): „Bundeskanzler und Parteivorsitzender Gerhard Schröder wackelt nicht, er ist schon umgefallen. Die Politik der Neuen Mitte, mit der sein Name verknüpft ist, gibt es nicht mehr. Der Kurs von Oskar Lafontaine, vor der Wahl kaschiert, nach der Wahl exekutiert, seit dem Abgang des Saarländers schließlich kritisiert, hat sich am Ende durchgesetzt – aller öffentlichen Empörung über Lafontaines Buch zum Trotz.“

Bezogen auf die SPD in Schleswig-Holstein formulierte Dieter Wenz (FAZ vom 27. 7. 2000): „Die Zeichen für einen Partei-Aufbruch scheinen schon wieder zu verblassen. In den sozialdemokratischen Materialien feiert das Wort von der ‚linken Volkspartei‘ Urständ, und die schleswig-holsteinische SPD droht in alte Jargons zurückzufallen.“

Ein Jungpolitiker der SPD Schleswig-Holsteins meinte, vom Schröder/Blair-Papier gebe es keine Spur mehr und die „Neue Mitte“ finde nicht statt. (Vgl. Die Welt vom 27. 7. 2000) Schröder ist es nicht gelungen, die SPD auf den Weg in die Mitte zu bringen. Vielmehr mußte er die beanspruchte Mitte räumen, um die Partei als Basis und Rückhalt nicht zu verlieren. Und das gilt insbesondere, wenn es ans Wählen geht: „Das ganze Neue-Mitte-Getue hat nur so lange funktioniert, wie Schröder nach außen hin glaubhaft machen konnte, seine Politik sei weder links noch rechts, sondern modern und erfolgsorientiert – und der SPD-Basis zugleich augenzwinkernd versichern konnte, im Herzen sei sie links geblieben. Unter dem Druck ausbleibender Erfolge sieht er sich nun gerade im Wahljahr gezwungen, den interventionistischen Neigungen der Linken nachzugeben.“ (FAZ 1. 2. 2002)

Als eine der Lehren aus dem Fall Holzmann sieht Hans D. Barbier die folgende Erkenntnis: „Schröder, der Mann der ‚Neuen Mitte‘ und Mitautor des liberalistischen Blair-Papiers, flüchtet zurück auf den Weg in den Etatismus. Diese Lehre ist für einige Polit-Gurus wohl besonders schmerzhaft. Es hat in der Tat politische Kommentatoren gegeben, die Schröder auf den Leim der ‚Neuen Mitte‘ gegangen sind, und die das Lied des beherzten Mannes sangen, der seiner Partei den Willen zur Modernität und zur marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik in Zeiten der Globalisierung aufzwingt. Diejenigen, die das in der Tat geglaubt haben, sehen ihn nun da, wo er immer war: in den Gefilden des maßstablosen Hantierens mit den Mitteln der Macht. Dort aber weht der Wind der Willkür und der Unberechenbarkeit.“ (FAZ vom 20. 11. 1999)

Nach Bodo Hombach hat es Tony Blair geschafft, die politische Mitte zu erreichen, weil Margaret Thatcher wichtige Vorarbeiten geleistet habe: Die Disziplinierung der Gewerkschaften. „Von der SPD“, so meinte er, „werden nach dem Wahlsieg im September 1998 Strukturveränderungen verlangt, die innerparteilich und auch in der Öffentlichkeit zu Kontroversen führen müssen – und die Labour weitestgehend erspart blieben, weil die härtesten Schritte von den Konservativen bereits durchgeführt worden waren.“ (Bodo Hombach, Aufbruch, ECON 1998, S. 112)

Und genau dieses konnte nicht geleistet werden. Bezogen auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sind alle notwendigen Schritte ausgeblieben. Ob beim Betriebsverfassungsgesetz oder der

Teilzeitarbeit, der Kanzler hat es nicht gewollt oder vermocht, die Gewerkschaften auf den Modernisierungskurs zu verpflichten. Und die Gewerkschaften sind dankbar. Sie werden erneut für die SPD im Wahlkampf eintreten. Dabei wäre es so sehr im Interesse des Landes, den Slogan der Gewerkschaften von 1998 zu realisieren, der für den Wechsel in der Führung der Republik plädierte. Hinzu kommt, daß die Macher der Neuen Mitte ausgerechnet den Mittelstand marode machten. Aber gerade dieser Mittelstand garantiert uns den ökonomischen Erfolg und gesellschaftliche Stabilität.

Insofern war das Gerede von der „Neuen Mitte“ ein großes Täuschungsmanöver, das nur Enttäuschung im Gefolge haben konnte. Hinsichtlich von Aufbruch und Modernisierung sind wir heute genau da, wo wir 1998 waren. Es waren vier verlorene Jahre auf dem Wege der Zukunftssicherung für Deutschland. Versprochen, gebrochen lautet auch hier das ernüchternde Ergebnis. Man wollte von links kommend die Mitte besetzen und die CDU von dort fernhalten. Da man – um ein wenig zu schmeicheln – allenfalls eine mittelmäßige Politik machte, hat man die Mitte zum Schaden des Landes aufgegeben.

„Unter der roten Laterne von St. Pauli sang mir der Wind zum Abschied ein Lied.“ (Schlager)

### **3. Schlußlichter und rote Laternen**

Der anfängliche Kampf um die sogenannte Neue Mitte und die spätere Räumung derselben haben Spuren hinterlassen. Die Wende nach links verschob Deutschlands Standort zunehmend an das Ende der Tabelle im Konzert europäischer Staaten. Wir bekamen eine Debatte über Schlußlichter und rote Laternen.

Schlußlichter gibt es bei Fahrzeugen aller Art. Sie dienen der Sicherheit. Sie sind in der Regel rot. Sie sollen Warnung signalisieren. Seit wir eine rote Regierung in Deutschland haben, haben wir uns an Schlußlichter gewöhnen müssen, die uns signalisieren, daß wir nicht mehr Spitze sind. Das ist ungewöhnlich für einen Musterschüler in Sachen Wirtschafts- wunder, Wachstum und Stabilität. Rot macht's möglich. Schlußlichter sind in der Regel eben rot. Die politische Erfahrung bestätigt anscheinend, daß dort, wo Rot an der Macht ist, immer sehr bald mit Schlußlichtern zu rechnen ist. Womit das Motto: „Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser“ als widerlegt gelten kann. Was man anders machte, machte man schlechter. Solche Erkenntnisse bleiben auch nicht ohne Folgen für das Selbstwertgefühl der Deutschen. Wer möchte nicht ein wenig stolz sein auf sein Land und seine Leistungen? Alles perdu. Wer kann sich heute noch ein Wahlplakat der SPD vorstellen, auf dem zu lesen steht: „Deutsche, Ihr könnt stolz sein auf Euer Land“?

Vielleicht hat man früher in manchen Ländern Europas Angst vor den starken Deutschen gehabt. Respekt hat man ihnen immer gezollt. Heute weiß man z.B., daß von der „französischen Bewunderung der deutschen Wirtschaftsmacht... nicht viel übrig geblieben“ ist. „Angesichts der Konjunkturschwäche in Deutschland sieht Gerhard Schröder für die Franzosen heute wie ein Zauberer aus, dem der Zauberstab abhanden gekommen ist.“ (FAZ 18. 7. 2001)

Deutschland firmiert unter „ferner liefern“. Das ist nicht gut und war nicht nötig. Das gilt es zu ändern. Mit denen, die dafür die Hauptverantwortung tragen, wird diese Wende nicht möglich sein. Das Motto muß lauten: *Deutsche, wir wollen wieder stolz sein auf unser Land*. Ohne Stolz kann kein Mensch auf Dauer leben. Hier geht es nicht darum etwas schlecht zu reden, sondern darum, die Realitäten kennenzulernen, damit man sie zu bessern vermag. Dazu die wichtigsten Beispiele aus dem Feld der Schlußlichter.

#### **3.1. Wirtschaftswachstum**

Deutschland war gewöhnlich unter den ersten in Europa. Wir galten als die Lokomotive für Aufschwung und Fortschritt. Und waren es. Und nun dieses. Mit 0,6 % Wachstum erreicht Deutschland das niedrigste Wachstum seit acht Jahren. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes war das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2001 um 0,1 % geschrumpft. Schon für das 2. Quartal war ein Null-Wachstum bescheinigt worden. Die Regierung neigte dazu, dieses als Wachstumspause zu bezeichnen oder „negatives Wachstum“. Das klingt wohl besser als das, was es wirklich ist: Rezession. Die Definition lautet: zwei Quartale mit schrumpfendem Bruttoinlandsprodukt. Und genau das war's. Über die Ursachen kann es keine nennenswerten Zweifel geben. Der Göteborger Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU gab Deutschland schon im Juni 2001 schlechte Noten. Man gab der Sorge Ausdruck, daß die Dynamik der größten Volkswirtschaft in der Europäischen Union durch fortbestehende Hindernisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebremst werde. Die Durchbürokratisierung des Arbeitsmarktes, die keine flexible Anpassung an die jeweilige Lage gestattet, ist ein entscheidender Grund für mangelndes Wachstum. In der FAZ heißt es am 15. 11. 2001: „Die rot-grüne Bundesregierung hat sich in den Jahren 1999 und 2000 im Glanz der weltweiten Hochkonjunktur sonnen können. Sie hat es auch finanzpolitisch verpaßt, in diesen Jahren für schlechtere Zeiten vorzusorgen. Insbesondere hat sie die Mahnungen überhört, die strukturellen Reformen fortzusetzen, die von der Regierung Kohl vorsichtig eingeleitet worden waren. Im Gegenteil sind in der Arbeitsmarktpolitik, im Arbeits- und Sozialrecht zusätzliche Verkrustungen geschaffen worden. Ordnungspolitische Überlegungen und Prognosen über die vorhersehbaren unsozialen Folgen nur scheinbar sozialer Maßnahmen sind offensichtlich unterblieben. Hier liegt der Hauptgrund dafür, daß Bundeskanzler Schröder sein ohnehin bescheidenes Ziel, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen zu senken, verfehlen wird.“

Auch der Sachverständigenrat hat es an guten Ratschlägen nicht fehlen lassen. Hier einige Auszüge:

*„Die in diesem Jahr unterlassenen anreizwirksamen Reformen haben sich nicht erledigt. Die alten Aufgaben sind die neuen. Daran hat das weltwirtschaftlich veränderte Umfeld nach den Terroranschlägen nichts geändert, denn die grundlegenden Probleme der deutschen Wirtschaft – insbesondere die hohe Dauerarbeitslosigkeit – existieren unverändert. Ein Stillstand bei den Reformbemühungen wäre daher nicht zu verantworten.*

*Daher plädiert der Sachverständigenrat nachdrücklich dafür, die Wirtschaftspolitik möglichst langfristig zu orientieren. Was das konkret bedeutet, das führen wir in den einzelnen Politikbereichen aus. Dem Grundsatz nach raten wir zu folgendem:*

- *Die Konsolidierung der Haushalte aller Gebietskörperschaften entschlossen vorantreiben...*
- *Darüber hinausgehend der intertemporalen staatlichen Budgetbeschränkung angemessen Rechnung tragen und so bereits heute die implizite Verschuldung des Staates begrenzen: die effektive marginale Steuer- und Abgabenlast der Privaten möglichst niedrig halten, sie jedenfalls nicht wieder ansteigen lassen.*
- *Das System der Gemeindesteuern auf eine robuste Grundlage stellen und hierbei die Gewerbesteuer abschaffen...*
- *Die Ökosteuer nach den wissenschaftlich begründbaren Erfordernissen des Umweltschutzes (namentlich der Vermeidung einer globalen Klimaerwärmung) ausgestalten, ohne Zweckbindung für die Einnahmen.*
- *Bei Tariflohnanhebungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt hinter dem Zuwachs der Stundenproduktivität zurückbleiben, und zwar so lange, bis die Arbeitslosigkeit deutlich sinkt...*
- *Die Tarifabschlüsse marktgerecht nach Regionen, Branchen und Qualifikationen differenzieren...*
- *Die Anreize zur Arbeitsaufnahme bei arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern und arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern stärken...*
- *Die aktive Arbeitsmarktpolitik effizienter und effektiver machen, das heißt, sie auf Aufgaben zurückführen, die sie sinnvoll erfüllen kann.*
- *Die Wettbewerbsordnung stark halten, Subventionen und Importbeschränkungen, die die Faktorallokation verzerren und den wachstumsnotwendigen Strukturwandel hemmen, abbauen und keine neuen einführen, sowie unbegründete Regulierungen der wirtschaftlichen Aktivität aufheben.“*

Derartige Vorschläge sind nicht neu. Die Defizite lagen stets auf der Hand. Die Regierung ist den Ratschlägen nicht gefolgt. Die Folgen tragen wir heute. Wenn Deutschland in der Europäischen Union Schlußlicht beim Wirtschaftswachstum ist, kann man die Verantwortung für diese Rolle höheren Mächten nicht zuschieben. Schließlich konnten es alle anderen in der Europäischen Union ja besser. Die haben nämlich in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben gemacht. Mit Erfolg, wie man sieht. Es handelt sich insofern nicht um ein unlösbares Problem. Man muß nur wollen und das Richtige tun – meinetwegen mit ruhiger Hand.

### **3.2. Haushaltsdefizit**

Es waren die selbstbewußten Deutschen, die die sogenannten Maastrichter Kriterien durchsetzten. Damit sollte u.a. verhindert werden, daß einzelne Länder zu Lasten anderer ausscheren. Schließlich ging es auch darum, die gemeinsame Währung stabil zu halten. Die Deutschen traten als Tugendwächter und Stabilitätsapostel auf. In diesem Ruf sonnte sich der damalige Finanzminister. Widerstände gab es genug. Man wollte sich nationale Flexibilität entsprechend der jeweiligen

Konjunkturlage vorbehalten. Deutschland in großer Selbstsicherheit ob seiner Stabilität blieb hart. Ein Kriterium von Maastricht lautete daher: Das jährliche Haushaltsdefizit darf 3 % nicht überschreiten. Keiner dachte daran, daß es ausgerechnet uns treffen würde.

Der Herbst 2001 war von einer Diskussion über einen blauen Brief aus Brüssel bestimmt. Die Kommission hatte für das Jahr 2001 ein deutsches Defizit von 2,7 % festgestellt. Dies sollte vereinbarungsgemäß zu einer Abmahnung führen. Dem Kanzler paßte das nicht. Er setzte alle Hebel in Bewegung, um die Formalisierung der Rüge durch einen blauen Brief zu verhindern. Es gelang. Folge: Wenn künftig andere einen solchen blauen Brief erhalten sollen, werden sie sich auf das schlechte deutsche Beispiel berufen können. Damit wird das Instrument der Abmahnung in Frage gestellt. Die Regeln, die wir selbst erfunden und durchgesetzt haben, werden durch Schröder durchlöchert. Das ist mies. Nützen tut es eh nichts. Denn alle wissen, der blaue Brief war fällig.

Am 25. 4. 2002 titelt die Berliner Zeitung:

„Wieder Ermahnung aus Brüssel: Deutsches Haushaltsdefizit wächst.“

Es geht um die EU-Prognose für 2002. Und die sieht wie folgt aus: **Wirtschaftswachstum (BIP) und Haushaltsdefizite in Europa (EU-Prognose für 2002)**

### BIP

	Haushalts-Defizit(-) / Überschuss(+)	
Griechenland	3,7 %	+ 0,3 %
Irland	3,5 %	+ 0,6 %
Luxemburg	2,9 %	+ 2,0 %
Spanien	2,1 %	- 0,2 %
Großbritannien	2,0 %	- 0,2 %
Schweden	1,7 %	+ 1,7 %
Dänemark	1,7 %	+ 2,1 %
Finnland	1,6 %	+ 3,3 %
Frankreich	1,6 %	- 1,9 %
Niederlande	1,5 %	+ - 0 %
Portugal	1,5 %	- 2,6 %
Italien	1,4 %	- 1,3 %
Österreich	1,2 %	- 0,1 %
Belgien	1,1 %	- 0,2 %
Deutschland	0,8 %	- 2,8 %
<hr/>		
EU 15	1,5 %	- 1,1 %



In Sachen Wachstum und Haushaltsdefizit alleiniges Schlußlicht. Das tut nicht gut. Eine miserable Bilanz. Und früher waren wir so stolz.

### **3.3. Höchster Pleitenstand seit deutscher Einheit**

Wer kennt nicht die Bilder des agierenden Kanzlers als es um Philipp Holzmann ging. Die Pleite wurde verzögert, weil der Kanzler 250 Millionen Steuergelder einbrachte, um sich als Retter zu gerieren. Bei Großbränden taucht er im Stile eines deus ex machina mit einem Sack Steuergelder auf, um die Pleite zu vermeiden. Den Mittelstand hingegen läßt er verrecken. Solche Aktionen sind Eingriffe in das freie Spiel der Marktwirtschaft und schaden letztendlich dem Lande. Auch die verzögerte Pleite Holzmanns hat im Umfeld dieser Firma vielen mittelständischen Betrieben erheblich geschadet.

Wer hat nicht erwartet, daß sich der Kanzler am Vorabend der Wahlen in Sachsen-Anhalt mit regen Händen bemühen würde, die Schließung des dortigen Waggon-Werkes abzuwenden. Er brachte zusätzliche Investitionsmillionen der Deutschen Bahn mit – und vorerst ist der Betrieb gerettet. Bei den Großen engagiert er sich, aber die vielen Kleinen und Mittleren sind stets die Basis des deutschen Erfolgs gewesen. Hier übt er sich – wie gewohnt – als Kanzler der ruhigen untätigen Hand. Er tut nichts. Ergebnis: Der Verband der Vereine Creditreform registriert im Jahre 2001 49.600 Insolvenzen. Das ist ein Anstieg um 18,7 %. Neben Tausenden von Privatpersonen haben allein 32.400 Firmen Zahlungsunfähigkeit angemeldet. Das sind fast 5.000 mehr als im Vorjahr und entspricht einer Steigerung von etwa 16 %. Wer bei den Pleiten Spitze ist, ist auch nur ein Schlußlicht. Nach jüngsten Meldungen von Creditreform ist auch in diesem Jahre keine Besserung zu erwarten. Ganz im Gegenteil, wir stehen vor einem neuen Rekord. Im ersten Halbjahr 2002 betrug die Zahl der Firmenpleiten mit 18.800 einen Anstieg um 25,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dies bedeutet im ersten Halbjahr einen Verlust von 310.000 Jobs. Für das ganze Jahr rechnet Creditreform mit einem Jobverlust von 600.000.

Die Gründe für diese Entwicklung sind zu ermitteln. Dazu Hansjürgen Doss MdB (CDU/CSU):

„Schröders Koalition hat durch eine ungerechte Steuerreform und durch verschlechterte Abschreibungsbedingungen den Mittelstand abgezockt. Der Arbeitsmarkt im Mittelstand – dem Job-Motor Nr. 1 – wurde bis zur völligen Bewegungslosigkeit reglementiert. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist unter Rot-Grün zur Utopie geworden. Anstelle einer Bildungs- und Qualifizierungsoffensive für einen innovativen Mittelstand werden Green-Cards öffentlichkeitswirksam verteilt. Investitionen geraten zum Wurmfortsatz einer rot-grünen Haushaltspolitik. Dem Mittelständler wird durch diese mittelstandsfeindlichen Rahmenbedingungen nicht nur die Luft zum Atmen genommen, sondern durch die negativen psychologischen Signalwirkungen auch jeglicher Optimismus für eigenverantwortlich selbständiges Handeln.“ (Pressedienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 7. 12. 2001)

Die Wirtschaftswoche hat dazu eine Befragung vorgenommen, die den Sachverhalt bestätigt.

Diese Entwicklung, die sich vorwiegend im Bereich des Mittelstandes abspielt, ist für Deutschland von besonderer Bedeutung. Das Bild einer von Großkonzernen geprägten Wirtschaft in Deutschland entspricht nicht den Realitäten. Denn mehr als 99 % der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Deutschland sind Klein- und Mittelbetriebe. Diese Betriebe bringen knapp die Hälfte des Gesamtumsatzes und auch der Investition der Wirtschaft auf. Bis heute hat sich der Mittelstand entgegen vielen Prognosen behaupten können. Aber die Sozialisten sind dabei, schreckliche Prophezeiungen einer Zerstörung des Mittelstandes zu realisieren. Dieses wäre fatal für Deutschland. Dazu ein Kommentator der FAZ: „Ein Kahlschlag in der mittelständischen Wirtschaft wäre fatal – für den Wettbewerb und die Lebenskraft der Marktwirtschaft in Deutschland, für die konjunkturelle Anfälligkeit des Landes sowie für das Gefüge der Gesellschaft.“ (22. 4. 2002) Die Alte Mitte hatte den Mittelstand nicht gerade bevorzugt. Die „Neue Mitte“ hat dem Mittelstand nachhaltig geschadet.

### **3.4. Schlußlicht Schule**

**„Note mangelhaft für deutsche Schulen“**, so titelte die FAZ-Sonntagszeitung am 2. Dezember 2001. Der gute internationale Ruf Deutschlands war nicht zuletzt dadurch begründet, daß es hier „Dichter und Denker“ gab. In Sachen Kultur und Wissenschaft mußte sich Deutschland durchaus nicht verstecken. Die Liste der Nobelpreisträger und Patentanmeldungen bestätigt es. Wir waren Spitze. Und nun das: PISA – das Symbol einer Schiefelage. Die OECD hatte eine internationale Vergleichsstudie durchgeführt, genannt PISA (Programme for International Student Assessment). In allen untersuchten Kompetenzbereichen liegt Deutschland weit unter dem internationalen Durchschnitt. Insgesamt wurden von der OECD 180.000 Schüler untersucht. In Deutschland waren es 5.073. In einer nationalen Ergänzungsstudie weitere 50.000. Am repräsentativen Aussagecharakter kann nicht gezweifelt werden. Danach landen die deutschen Schüler in den einzelnen Kompetenzbereichen auf den unteren Plätzen. In 32 Ländern fanden die Untersuchungen statt. In Sachen Lesen bewegen sich die deutschen Schulen zwischen Platz 21 und 25; im Bereich Mathematik belegen sie Plätze zwischen Rang 20 und 22; bei der naturwissenschaftlichen Grundbildung zwischen Rang 19 und 23. Die Frage nach den Ursachen und Verantwortungen folgte auf dem Fuße.

Das Geflecht ist komplex. Man kann die Misere nicht einfach der Bundesregierung oder der Sozialdemokratie zuschieben. Aber jener gesellschaftliche Wandel, der durch SPD, Grüne und 68er herbeigeführt wurde, trägt ein gerüttelt Maß an Verantwortung für den gegenwärtigen Zustand.

- So hat sich der linksideologische Ansatz, wonach alle Menschen mehr oder weniger gleich seien und bei gleichen sozialen Bedingungen zu vergleichbaren Abschlüssen gebracht werden können, als falsch erwiesen. Ein gegliedertes Schulwesen wäre demnach leistungsfähiger.
- Insgesamt haben Privatschulen besser abgeschnitten. Offenbar spielen Motivation und Identifikation mit der Schule eine nennenswerte Rolle. Womöglich auch die Eigenständigkeit dieser Schulen bei der Auswahl der Lehrer.
- Kinder von Migranten schneiden vergleichsweise schlecht ab. Die Sprache als Integrations- und Leistungsvoraussetzung fehlt oft genug. Der sogenannte „muttersprachliche Unterricht“ hat die Integration nicht gefördert und die Leistungsfähigkeit durch Sprachunfähigkeit gemindert.
- Die Gesamtschule hat weder soziale Bildungsbarrieren beseitigt (weil die Menschen eben verschieden fleißig und begabt sind), noch hat sie Bildungsreserven mobilisiert.
- Die 68er haben den Leistungsbegriff diskreditiert. Darunter leiden die Schulen noch heute. Gerade hier liegt ein wichtiger wunder Punkt. Möglicherweise setzt das notwendige Leistungsbewußtsein so etwas wie eine geistige Wende an den Schulen voraus. Diese könnte nur von Eltern, Lehrern und der Gesellschaft herbeigeführt werden.
- Auch der Verzicht auf Elitebildung und die teilweise Verpönung des Elitebegriffes tragen ihre Früchte. Oft genug werden an Schulen gerade hochbegabte Schüler als Streber disqualifiziert. Dafür sorgen mittelmäßige Mitschüler. Auch hier trägt der deutsche von Sozialisten geförderte Neidkomplex seine Früchte. Der Reiz, Primus zu sein, erscheint verkümmert.

Die Zuordnung der Misere zu Rot-Grün in Vorstellungen von Bildung und Gesellschaft fällt nicht gerade schwer. Gerade auch die Aufschlüsselung der PISA-Studie nach Bundesländern bestätigt diese Aussage. Ohne von Mängeln auch in CDU/CSU geführten Bundesländern ablenken zu wollen, lassen diese einen nennenswerten Leistungsvorsprung erkennen. Das alles hat auch etwas mit dem Grundsatz zu tun: Wissen und Erziehung. Der partielle Verzicht auf Erziehung in unserem Bildungssystem hat sich als Mangel erwiesen. Zur Erziehung gehört auch die Bildung von Charakter und die Motivation zur Leistung. Gerade die fehlende Motivation erscheint bezogen auf die PISA-Ergebnisse eine wesentliche Ursache zu sein, wie der Vergleich mit anderen Ländern (z. B. Finnland) zeigt.

### **3.5. Arbeitslosigkeit**

Die Wahlen 1998 beendeten eine 16jährige Führungsrolle der CDU/CSU auf Bundesebene. CDU/CSU, die 1994 noch 41,5 % der Stimmen erhielten, fielen auf 35,1 %. Die Sozialdemokraten verbesserten sich von 36,4 (1994) auf 40,9 % (1998). Die Sitzverteilung ermöglichte eine rot-grüne Regierung. Die SPD erhielt 298 Sitze (einschließlich 13 Überhangmandate), die Grünen erhielten 47 Sitze. Mit den 345 Sitzen der Koalition verfügte Rot-Grün über eine knappe Mehrheit der 669 Sitze insgesamt.

Eine Fortführung der rot-grünen Koalition setzt also eine Stabilisierung oder Verbesserung der Wähleranteile voraus. Schon relativ geringe Verschiebungen können einen Wechsel herbeiführen. Die Wahlbeteiligung betrug damals 82,2 %. Auf Parteien, die unterhalb der 5 %-Grenze blieben, entfielen etwa 5 % der Stimmen. Mehr als 1 % erhielten lediglich die Republikaner mit 1,8 % und die DVU mit 1,2 %. Man konnte also weder von einem besonders hohen Anteil der Nichtwähler sprechen, noch von einem großen Reservoir solcher Wähler, die sich legitimiert rechts von der CDU ansiedeln wollten.

Obwohl also geringe Verschiebungen einen Wechsel herbeiführen können, wäre es das erste mal in der Geschichte der Bundesrepublik, wenn eine Regierung bereits nach einer Legislaturperiode abgelöst würde. Dafür sprechen nun allerdings einige Gründe, die es zu nennen gilt. Es geht um die Bilanz dieser Regierung und die Frage, ob sie den Erwartungen der Wähler entsprach und ob sie ihre eigenen Versprechungen einhielt. Maßstäbe der Bewertung können insofern vorzugsweise die Versprechungen im Wahlkampf und die Regierungserklärung sein sowie die Erwartungen der Wähler. Politik muß Prioritäten setzen. Der Kanzler Schröder tat es. Man kann sein zentrales Bekenntnis nicht oft genug wiederholen. Er sagte es im April 1998: „Entweder wir schaffen es als Sozialdemokraten, die Arbeitslosigkeit zu verringern, oder wir haben es nicht verdient zu regieren.“

Irgendwann hat er auch Zahlen genannt. Erst sollten es 3 Millionen Arbeitslose als Zielvorstellung sein. Er mußte sich angesichts der Realitäten korrigieren. Er tat es, und freundlich, wie die Presse ihm stets entgegenkommt, hat sie die ursprünglichen 3 Millionen nicht mehr genannt, sondern die 3,5 Millionen wurden zum Maßstab. Aber auch dieses Ziel wird nicht erreicht. Versprochen und nicht gehalten. Wenn man ihn ernst nehmen könnte, müßte entsprechend seinen Worten dieser Wortbruch allein ausreichen, die SPD als nicht mehr wählbar zu erkennen. Aber natürlich hat man stets Entschuldigungen parat, die die Ursachen für das Versagen irgendwo anders suchen. Schon Helmut Schmidt hatte seine ökonomischen Pleiten stets der Weltwirtschaft angelastet. Und so geschieht es jetzt. Die weltweiten Konjunkturerinbrüche nach dem 11. September werden strapaziert, obwohl eben diese Pleite schon vorher als hausgemacht erkennbar war.

Bezeichnenderweise firmierten der Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung unter der Überschrift: „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“. Nun sind weder Aufbruch noch Erneuerung spürbar. Die schönen Ansprüche sind an der rauhen Wirklichkeit und Unfähigkeit der Kombattanten gescheitert.

Dort in der Koalitionsvereinbarung heißt es vollmundig: „Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist das oberste Ziel der neuen Bundesregierung. Hier liegt der Schlüssel zur Lösung der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die neue Bundesregierung alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren und in einem Bündnis für Arbeit und Ausbildung konkrete Maßnahmen vereinbaren.“

Wenn die Beseitigung der Arbeitslosigkeit der Schlüssel für die Lösung der anderen Probleme darstellt, dann hat diese Regierung den Schlüssel zur Lösung der Probleme eben nicht gefunden. Korrekterweise müßte sie freiwillig gehen. Und die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte war denn wohl auch ein Schuß in den Ofen. Zu konstatieren ist demnach das Versagen in der Frage, die man selbst zur Schlüsselfrage erklärte. Zur Beschwichtigung sagt man nun zweierlei:

1. Die Lage sei immer noch besser als am Ende der Ära Kohl und
2. Schuld sei eine Weltwirtschaftskrise.

Beides ist falsch.

Zu 1.

Schon 1999 hatte Professor Rüdiger Pohl in der Wirtschaftswoche zum Besten gegeben, daß es „Aktionen zum Verstecken von Arbeitslosigkeit geben“ werde. Genauso geschah es. So meint Riester, bei der Übernahme der Macht 1998 habe es 4,8 Millionen Arbeitslose gegeben. Zwar betrug die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt des Jahres 1998 mehr als 4 Millionen. Aber sie war im Laufe des Jahres zurückgegangen und betrug im Oktober 1998 3,892 Millionen. Dieser bemerkenswerte Rückgang als Folge eines Aufschwungs führte sogar dazu, daß bereits im April 1998 Schröder den Aufschwung für sich reklamierte. Dieser Aufschwung ist mein Aufschwung, hörte man ihn sagen. In deutschen Tageszeitungen erschien ein Inserat mit dem Tenor: Wer den Wechsel wähle, sichere den Aufschwung. Darin hieß es: „Der Aufschwung, der jetzt kommen wird, wird schon unser Aufschwung sein“. Der Text liest sich heute wie ein peinliches Pamphlet politischer Hochstapelei (Text der Anzeige siehe Seite 25). Den Aufschwung *vor* seiner Regierungstätigkeit reklamierte er für sich, den Abschwung *während* seiner Regierungstätigkeit will er dem Schicksal überlassen.

Zu 2.

Wenn allein eine Weltwirtschaftskrise verantwortlich für die Höhe der Arbeitslosigkeit wäre, dann hätte eine nationale Regierung keinen ausreichenden Handlungsspielraum, um überhaupt Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit für sich in Anspruch nehmen zu können. Dann wäre das Konzept seiner ruhigen tatenlosen Hände das Richtige gewesen. Aber gerade Schröder wollte ja schon den Aufschwung, der ihm nicht gehörte, für sich verbuchen. Wenn denn eine Weltwirtschaftskrise, die es im übrigen so gar nicht gibt, Ursache gewesen wäre, dann hätte sie auch auf andere Volkswirtschaften gleichermaßen negativ wirken müssen. Das war aber nicht so. In Sachen Wachstum und Arbeitslosigkeit haben andere mit Abstand bessere Positionen aufzuweisen. Deutschland ist Schlußlicht durch hausgemachte Mängel und Fehlleistungen. Und die gehören Schröder.

**(Text der SPD-Anzeige in der BILD-Zeitung vom 23.04.1998)**

**1** Gerhard Schröder zum Thema: Aufschwung

### *Wer den Wechsel wählt, sichert den Aufschwung.*

*Es herrscht Aufbruchstimmung. Die deutsche Wirtschaft läßt die Muskeln spielen. Die Hannover-Messe zeigt das in diesen Tagen deutlich. In Deutschland setzen die ersten wieder auf Zukunft und Wachstum. Das tue ich auch. Ich will mitreißen, damit endlich wieder gehandelt und nicht nur palavert und geklagt wird. Die Menschen rechnen damit, daß der politische Wechsel kommt. Daß sich die Stimmung wandelt, werde ich schon als meinen ersten Erfolg. Das beflügelt.*

*Aber jetzt müssen wir es schaffen, daß der Aufschwung nicht wieder am Arbeitsmarkt vorbeirollt. Wir brauchen einen Aufschwung, der Kontinuität und Richtung hat. Diesmal muß die Arbeitslosigkeit deutlich runter.*

*Die Regierungskoalition in Bonn hat die Gesellschaft gespalten. Wir wollen die Menschen wieder zusammenführen. Das ist die Grundlage dafür, daß Aufbruch und Innovation eine Chance haben. Die Menschen in Deutschland verlangen neue Konzepte von uns. Sie sollen wieder Hoffnung schöpfen. Damit Blockaden endlich aufgelöst und Ideen freigesetzt werden.*

*Der Aufschwung, der jetzt kommen wird, wird schon unser Aufschwung sein. Eine Bundesregierung unter meiner Führung wird nicht alles anders machen, aber vieles besser. Dafür braucht Deutschland eine Politik für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit, eine Politik für neue wirtschaftliche Dynamik, eine Politik, die auf gesellschaftlichen Konsens und soziale Gerechtigkeit setzt.*

*Ich stehe für eine Politik, die die Menschen einlädt, an der Erneuerung unseres Landes mitzuwirken. Deshalb eines nicht vergessen: Stimmungen sind nicht genug. Im September können Sie den Aufschwung sicher machen.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Ihr Gerhard Schröder*

**SPD**

Nach Lage der Dinge sind die 3,5 Millionen Arbeitslosen in diesem Jahr nicht mehr erreichbar. Vermutlich wird es nicht einmal eine Verringerung geben, obwohl ein objektives Faktum dafür spräche. Schon im Februar 1999 schrieb das Handelsblatt: „Die rot-grüne Koalition hat gute Chancen, ihr Ziel zu erreichen. Und zwar nicht etwa, weil sie eine beschäftigungsfördernde, den durch die Globalisierung entstehenden Herausforderungen angemessene Wirtschafts- und Finanzpolitik betreibt, sondern weil das Erwerbspersonenpotential als Folge der demographischen Entwicklung geringer wird. Schröder und Lafontaine könnten die Hände in den Schoß legen – selbst dann wird die Zahl der Arbeitslosen mit einiger Wahrscheinlichkeit zurückgehen.“ (5. 2. 1999) Trotz dieser günstigen Ausgangslage hat man es nicht vermocht, die Arbeitslosigkeit zu senken. Vielmehr muß man wegen dieser günstigen Voraussetzungen eine Steigerung annehmen.

Neben diesen objektiven Bedingungen hat sich die Regierung noch eines Tricks bedient, der ihre Statistik besser aussehen läßt. Durch die Veränderung der Rechtslage bei den geringfügig Beschäftigten ist die Statistik geschönt worden. Die 630-Mark-Jobs wurden seit April 1999 sozialversicherungs- und meldepflichtig. Damit wurden sie den Erwerbspersonen in der Statistik zugeschlagen. So stieg die Zahl der Erwerbspersonen im April 1999 gegenüber dem September 1998 um 503.000 an. Ein Spiel mit der Statistik zur Verschönerung der Daten. Das Tricksen wird dadurch erweitert, daß man in der Bilanz nach fast vier Jahren nicht mehr auf die Arbeitslosen abstellt, sondern auf die durch Manipulation der Statistik gestiegene Zahl der Erwerbstätigen.

Nun, unmittelbar vor den Wahlen, erfährt dieses Spiel eine Neuauflage. Sicherlich hat jedermann Verständnis für das Bemühen, eine aussagefähige Statistik vorzulegen und sie im europäischen Rahmen vergleichbar zu machen. Und in der Tat gibt es in der deutschen Arbeitslosenstatistik einige Mängel. So stellt sich die Frage, weshalb diejenigen mitgezählt werden sollen, die gar keine Arbeit wollen. Warum erscheinen diejenigen in der Statistik, die nicht vermittelbar sind oder nur deshalb als arbeitslos geführt werden, weil sie sonst aus der Kranken- und Rentenversicherung herausfielen? Wie gut hätte die Regierung Kohl dagestanden, wenn sie diese Bereinigung der Statistik vorgenommen hätte! Womöglich würde auf diese Weise ein Drittel der Arbeitslosen verschwinden.

Wenn aber eine Regierung genau in dem Moment, da ihre Versprechungen von der Senkung der Arbeitslosen in die Brüche gehen, diese Senkung durch statistische Tricks erreichen will, dann ist das Schwindel und Wählerbetrug. Es ändert ja auch nichts an der Lage. Genauso wenig wie sich etwas an der realen Lage ändert, wenn die Vermittlungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit berichtet wird. Unser Problem ist nicht die Vermittlungsstatistik, sondern der Mangel an Arbeitsplätzen und Ausbildung.

Wenn es um die Bereinigung der Statistik geht, dann ist die Zeit nach den Wahlen der geeignete Zeitpunkt. Und wenn es um die Aussagekraft der Statistik geht, dann müssen natürlich auch diejenigen ins Visier genommen werden, die nicht erfaßt sind, obwohl sie hinein gehören. Dabei geht es um die kaschierte Arbeitslosigkeit durch ABM und diverse öffentlich finanzierte Beschäftigungsprogramme. Die hier erfaßten Personen erhalten kein Arbeitslosengeld. Bekämen sie aber das Geld vom Staate nicht als ABM, so bekämen sie es als Arbeitslosengeld.

Wenn man hier also eine ehrliche Statistik erstellte – wogegen es keine Einwände geben sollte –, dann läge die Zahl der Arbeitslosen höher, als es die gegenwärtige Statistik ausweist. Wenn die Regierung Schröder just vor den Wahlen und genau dort die Statistik ändern möchte, wo die Veränderung ihr Versagen kaschiert, dann will sie den Bürger hinters Licht führen. Und das will jemand tun, der nach der letzten Wahl gesagt hat, er habe nur das versprochen, was er auch halten könne. Auch das war

offenbar Hochstapelei. Wie hieß es doch in der FAZ am 28. 2. 2002: „Schröders Versprechen, die Arbeitslosigkeit zu senken, war einfach eine Wette. Er hatte den Prognosen geglaubt und auf Konjunktur gesetzt. Das ging schief.“ Das ging auch schief, weil er die Rahmenbedingungen für die gewünschte Konjunktur nicht schaffen wollte oder konnte.

Nachdem sich die ruhigen Hände in Sachen Arbeitslosigkeit als leere Hände erwiesen, suchte man krampfhaft nach Möglichkeiten, das Thema zukunftssträchtig zu besetzen. Und siehe da – gewissermaßen wie üblich, wenn man nicht weiter weiß - muß eine Kommission herhalten. Hartz-Kommission ist ihr Name – harzig verläuft die Debatte. Es ist eine für den Wahlkampf gestrickte Scheindebatte. Denn es gibt in Sachen Arbeitslosigkeit keinen Stein der Weisen. Alle Vorschläge sind irgendwann, irgendwo schon einmal gemacht worden – auch vor 1998. Wenn Schröder die Vorschläge oder auch nur einen Teil davon beherzigen will, bleibt die Frage, warum er es nicht in den letzten vier Jahren getan hat. Gerade an diesem Ziel einer Senkung der Arbeitslosigkeit wollte er sich messen lassen. Und gerade hier haben die ruhigen tatenlosen Hände auf einen Aufschwung gewartet, der ihm nicht gehört. Angesichts der Untätigkeit ruhiger Hände in den letzten vier Jahren erscheint die Diskussion um die Hartz-Vorschläge als wahlorientierte Schaumschlägerei. Wer uns vier verlorene Jahre bescherte, hat die Chance für weitere vier Jahre verspielt.

### **3.6. Bundeswehr - bedingt einsatzbereit**

Es gab einmal eine Zeit, da wurden die deutschen Soldaten in aller Welt geschätzt. Mag sein, daß man auch damals die Deutschen nicht geliebt hat, aber man hat ihre militärische Leistungsfähigkeit mehr als nur respektiert. Nur so kann man jenen Satz verstehen: „The Germans to the front“.

Alles vorbei. Diese Armee wird draußen nicht mehr sehr ernst genommen. Unter dem Stichwort Friedensdividende wurde sie zum Steinbruch der Sparpolitik. Sie wurde kaputt gespart. Sie ist nur bedingt einsatzfähig. Schröders uneingeschränkte Solidarität war auch insofern ein Flop, als mit dieser Bundeswehr nur eine sehr eingeschränkte Solidarität möglich ist: *„In dem Zustand, in dem sie gegenwärtig gehalten wird, wäre jede neue oder weitergehende Mission nach außen zwar ein Beleg des erwünschten Hineinwachsens Deutschlands in die Normalität der Weltpolitik, für die Streitkräfte aber bedeutete das eine Überdehnung, die zum Regelfall würde, ohne daß Aussicht auf eine bessere Finanzausstattung bestünde.“* (FAZ 29. 1. 2002)

Das Wollen des Kanzlers und Können der Armee fallen auseinander. Die Frage einer Übernahme der Führung im Afghanistan-Einsatz brachte es an den Tag. Man konnte es nicht. Mancherorts konnte man lesen, „daß der Anspruch der rot-grünen Bundesregierung, eine führende Rolle im internationalen Konfliktmanagement zu spielen, Hochstapelei“ sei. *„Daß die Regierung Schröder sich bisher dem ausdrücklichen Wunsch der Afghanen widersetzt und bündnispolitische Gründe ignoriert, die für die Übernahme dieser Pflicht sprechen, ist einer viel schlichteren Tatsache geschuldet: Deutschland ist militärisch nicht dazu in der Lage.“* (FAZ 30. 1. 2002)

Auch hier leuchten die Lichter einer roten Laterne. Selbst der Generalinspekteur dieser Regierung muß öffentlich bekennen, daß auch der jetzt vorgelegte Haushalt 2002 keine Abhilfe schafft, sondern unzureichend bleibt. Wo ist Deutschland geblieben? Das andere lese man beim lange schon rücktrittsverdächtigen Verteidigungsminister. (S. 34 ff.)

*„Wo eines Platz nimmt, muß das andere rücken, wer nicht vertrieben sein will, muß vertreiben; da herrscht der Streit, und nur die Stärke siegt.“ (Wallenstein, 2. Aufzug, 2. Auftritt)*

#### **4. Tritte und Rücktritte**

Auf Bundesebene praktiziert man im Gegensatz etwa zum Lande Berlin das sogenannte Cabinet-System, das England seit eh und je auszeichnet. Minister müssen nicht vom Parlament gewählt werden, sondern werden vom Regierungschef ernannt. Er kann sie kommen und gehen lassen. Natürlich können sie auch selbst gehen. Das tun sie in der Regel dann, wenn der Kanzler sie eigentlich wegschicken möchte. Wer will schon gern zurückgetreten werden? Wenn man selber geht, sieht das immer noch ein wenig besser aus, als würde man gegangen.

Nach den Ministerrücktritten im Januar 2001 hieß es in der FAZ: „Allmählich entwickelt sich die Regierung Schröder zu einer Drehtür für durchreisende Politiker. Eigentlich sollte in dieser Woche nur der Staatsminister für Kultur ausgetauscht werden. Nun ist aus der kleinen Frischzellenkur ein großer Aderlaß geworden. Nach Lafontaine, Hombach, Müntefering und Klimmt sind Fischer und Funke die Abgänge Nummer fünf und sechs in kaum mehr als einer halben Wahlperiode. Das hat es schon lange nicht mehr gegeben. Das Ansehen der Regierung, das sich im Jahr 2000 deutlich erholt hatte, ist abermals im Sinken begriffen.“ (10. 1. 2001) So ist das denn wohl. Auch die Ministerrücktritte signalisieren Krisenszenarien. Hier die Liste der acht Rücktritte:

11. März 1999: Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine nach Streit mit Schröder um die Steuerpolitik und nach dem Vorwurf eines „schlechten Mannschaftsspiels“. Nachfolger: Hans Eichel (SPD)

31. Juli 1999: Kanzleramtsminister Bodo Hombach verzichtet wegen Ernennung zum EU-Koordinator für den Balkan-Stabilitätspakt. Nachfolger: Frank-Walter Steinmeier (im Rang eines beamteten Staatssekretärs). Heiner Geißler hielt Hombach für die „gefährlichste Waffe der SPD“. Hat er sich schon wieder geirrt?

17. September 1999: Verkehrsminister Franz Müntefering wegen erneuter Übernahme des Amtes des SPD-Generalsekretärs (vormals: Bundesgeschäftsführer). Nachfolger: Reinhard Klimmt (SPD)

16. November 2000: Verkehrsminister Reinhard Klimmt tritt nach einem Strafbefehl wegen einer Finanzaffäre um den 1. FC Saarbrücken zurück. Nachfolger: Kurt Bodewig (SPD)

22. November 2000: Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) kündigt sein Ausscheiden zum Jahresende wegen eines beabsichtigten Wechsels zur „Zeit“ an. Nachfolger: Der Münchner Kulturreferent Julian Nida-Rümelin (SPD).

9. Januar 2001: Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer

9. Januar 2001: Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) wegen der BSE-Affäre.

18. Juli 2002: Der Verteidigungsminister Scharping wird trotz der kurz bevorstehenden Wahlen vom Kanzler „zurückgetreten“, weil dubiose Beziehungen zur Agentur Hunzinger bekannt wurden.

Der bedeutendste Rücktritt war gewiß der von Oskar Lafontaine. Schließlich war er Parteivorsitzender und mächtiger Minister. Und sie wollten ein Team sein, eine Mannschaft. Und sie wollten eine gute Mannschaftsleistung vollbringen. Sie wollten nicht alles anders, aber vieles besser machen. Es sollte ein richtiger Richtungswechsel in der Politik werden – hin zu mehr Gleichheit und Gerechtigkeit – Verteilungsgerechtigkeit, versteht sich. Sie haben sich auch Mühe gegeben, alles möglichst schnell in die Wege zu leiten. Der Erfolg blieb aus. Aus guten Gründen. Der Rücktritt Lafontaines kam für fast alle plötzlich. Einem Linken und Sozialdemokraten hätte man diesen Totalverzicht nicht zugetraut. Insofern meint Zwickel zutreffend: „Weglaufen ist nicht Sache von Sozialdemokraten.“ Viele Arbeitnehmer hätten die sozialdemokratische Bundesregierung gewählt, damit sie Probleme löse und nicht selbst zum Problem werde.

Einfach so alles im Stich lassen, das freut die Freunde nicht. In der Tat verloren die Linken ihre Leitfigur in der Regierung. Das schmerzte sie, weil nun die Balance zwischen rechts und links in der SPD und Regierung aus dem Lot zu geraten schien. Manche haben den Rücktritt als konsequent und respektabel bezeichnet. Auch haben sie sich artig für seine Leistung bedankt. Andere sahen mehr die Flucht, die in dem Rücktritt zum Ausdruck kam. Flucht in das Private, Flucht aus der Verantwortung. Welcher Mensch ist da schon frei von Eitelkeiten? Schröder hatte bei der Kandidatenaufstellung gesiegt. Schröder hatte bei der Wahl gesiegt. Er war nun der Boß, der die Richtlinien der Politik bestimmte. Seine Basis war nicht vorwiegend die Partei, sondern das Wahlvolk. Mit dem Votum der Wähler in Niedersachsen wurde er Kandidat. Mit dem Votum der Wähler im Bund wurde er Kanzler. Dies sind höhere Weihen als die eines Parteitages.

Lafontaine wurde Finanzminister von des Kanzlers Gnaden. Ausgestattet mit noch größerer Macht, als sie dem Finanzminister ohnehin schon zusteht. Presse und Öffentlichkeit meinten schon, nun sei Schröder die Marionette in Oskars Händen geworden. Und so schien es, wenn man die Handschrift der ersten hundert Tage der Regierung las. Schröder ließ ihn machen. Und siehe, es gab ein Chaos. Und bald hatte das Chaos einen Namen. Die Presse berichtete von einem unvorbereiteten Lafontaine, von Zahlen aus dem Finanzministerium, die auf schwachen Füßen standen. Es gab Konflikte mit dem Bundeskanzler, mit den Partnern in der Europäischen Union, natürlich mit den Vertretern der Wirtschaft. Der Mächtige machte sich zum Buhmann – nicht nur der Nation. Gerade hier konnte er internationalen Rang erreichen. Für die englische Zeitung „Sun“ war er der gefährlichste Mann Europas.

Der Rücktritt wirkte wie eine Erleichterung. Die Börsianer gerieten in Champagnerlaune, die ausländische Presse überschlug sich vor Freude, und die Kurse des EURO und der Aktien stiegen. So bedeutend war dieser Mann in den Augen der Welt. Und nun ist er weg, und alle fragen warum. Wie gesagt, es gibt gute Gründe. Der entscheidende Grund ist nicht der von Lafontaine schließlich genannte. An Teamgeist habe es gefehlt, meinte er nach Tagen des Schweigens. Daran hat es gewiß auch gefehlt. Das liegt in der Natur beider Spitzenvertreter der Doppelspitze. Wenn ein ausgeprägter Machtmensch, der jahrelang seine Truppen wie ein „Napoleon von der Saar“ geführt hat, den mangelnden Teamgeist bei anderen beklagt, dann kommen nicht nur Zweifel auf. Offenbar wollte er der Öffentlichkeit dartun, daß er zwar teamfähig sei, andere aber nicht. Die Wahrheit – von allen Kennern bestätigt – lautet doch wohl: Keiner von beiden ist gerne Mitspieler in einem Team, beide wollen der leader sein. Und das geht eben nicht auf Dauer. In einem Schlager hieß es einmal, „..... einer von uns beiden muß nun gehen“. Wenn sie sich zu einem Team gefunden hätten, wäre es so etwas wie das Wunder der leeren Hände gewesen. Denn: am Teamgeist fehlt es beiden.

Das alles wußte man vorher. Vorher wußte man also, daß der Konflikt programmiert war.

Einen solchen Schritt tut man wohl, wenn man abgewogen hat. Er ist die Summe mancher Überlegungen und Gründe, auch wenn er dann überhastet und überraschend erfolgt.

Wenn man lange politische Verantwortung trägt, als Minister, Parteivorsitzender oder Ministerpräsident, dann ist das ein sehr anstrengender und zeitraubender Job. Die res privata kommt zu kurz. Man lebt geistig aus der Substanz. Man kann dann auch wirklich nicht mehrmals in der Woche nach Saarbrücken fahren. Wer sich also im Schoße der Familie sehen will, der kommt in Konflikte. Wenn er lange genug die große Verantwortung trägt, kann er auch müde werden. Wenn einem die Genossen das Leben zusätzlich schwer machen, dann wächst die Neigung zum Hinschmeißen. Wenn man zudem Opfer eines Anschlags war, kann sich die Neigung verstärken. Auch hier mag ein Grund liegen. Aber auch das war gewiß nicht entscheidend. Denn alle diese Erfahrungen waren bekannt, bevor er bereit war, Finanzminister zu werden.

Angesichts so guter Gründe spielt es schon keine besondere Rolle mehr, ob es noch weitere Gründe gibt. Und doch gibt es einige Hinweise und Berichte, die von einem weiteren denkbaren Motiv seines Rücktritts wissen wollen. In der als seriös geltenden britischen Zeitung „The Sunday Times“ heißt es in einem längeren Beitrag: „Ein Bericht deutete an, daß es Beweise für seine Verbindung zur ostdeutschen Geheimpolizei gebe, die veröffentlicht werden sollten“. („One report suggested there was evidence of his links with the Stasi, the East German secret police, that was about to be published.“)



Andere Quellen wollen von Lafontaines Akte aus der HVA der Stasi wissen, die im Besitze der Amerikaner sei und möglicherweise dem Bundeskanzler bekannt geworden sei. Berührungsprobleme mit der SED hatte der Zurückgetretene nicht. Mehr als jeder andere westdeutsche nichtkommunistische Politiker hatte er Gespräche mit Erich Honecker – neun an der Zahl. Nicht zum Vergnügen Schröders hat er kurz vor seinem Abgang eine Debatte über die Zusammenarbeit mit der PDS entfacht. Und bemerkenswerterweise war keine Partei von dem Rücktritt Lafontaines so betroffen und enttäuscht wie die PDS. Hatten sie etwa einen ihrer Anwälte verloren? Wer keine Berührungsprobleme mit der SED hatte, kann schwerlich welche mit der PDS haben.

Die Meldung eines Bonner Journalisten, wonach Kanzleramtsminister Hombach bei einem Besuch in Washington etwas „über die SPD oder SPD-Politiker belastende SED-Akten erfahren“ habe, muß man nach Lage der Dinge als bestätigt sehen, nachdem Minister Hombach das selbst in einem vertraulichen Gespräch mit Chefredakteuren so vermittelt hat. Zwei Fragen können einen Verdacht in diese Richtung unterstreichen: Warum brauchte der Zurückgetretene mehrere Tage des Schweigens, um der staunenden Öffentlichkeit seine Gründe zu nennen? Schließlich wird er die Gründe vor seinem Rücktritt gekannt und gehabt haben. Und eine besondere Sprachlosigkeit gegenüber Öffentlichkeit und Medien hat man bei ihm in der Vergangenheit nicht erkennen können.

Und die andere Frage ist, warum Hombach in vertrautem Kreise einen solchen Verdacht gegen ungenannte SPD-Politiker bestätigte. Natürlich mußte er davon ausgehen, daß sich diese Information herumspricht. Das Durchsickern der Information war also gewollt oder in Kauf genommen. Auch die Betroffenen werden davon erfahren und dies als Mittel zur Disziplinierung ihrer Kanzlertreue verstehen müssen. Auch Oskar Lafontaine könnte einer der Betroffenen sein. Der STERN meinte, Lafontaine habe Schröder schon Wochen vorher den Rücktritt angekündigt und dabei auf den Führungsstil Schröders und die Indiskretionen aus dem Kanzleramt verwiesen. Auf deutsch: Schröder hat nachgeholfen.

Aber wie gesagt, es gibt genug andere Gründe, genannte und ungenannte. Oft im Leben kommt eben eines zum andern.

Lafontaine wollte einen Richtungswechsel in der Politik. Die Nominierung der beiden Staatssekretäre Flaskamp und Noe haben dies signalisiert. Dieser gewollte Richtungswechsel richtete sich gegen

- die herrschende Lehre in der Ökonomie
- die europäische Zentralbank
- die europäischen Partner
- die deutsche Wirtschaft

Er wollte – wieder einmal – die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben. Er wollte, wie alle Linken, mehr Verteilungsgerechtigkeit. Den Großen muß man es nehmen, und wenn die Kleinen es bekommen, wird die Binnennachfrage größer und damit wird die Wirtschaft angekurbelt. So einfach ist das. Und doch ist schon mancher dieser Versuche gescheitert. Lafontaine kam damit nicht einmal zum eigentlichen Test. Der wäre auch verdammt teuer geworden.

Der Richtungswechsel richtet sich gegen die herrschende Lehre. Diese ist aufgrund historischer Erfahrung der Meinung, man werde nur Erfolg haben, wenn man die Staatsfinanzen konsolidiert und innerstaatliche Bedingungen schafft, die die Nachfrage nach deutschen Produkten erhöhen. Nur so könne man global bestehen. Was aber ist die herrschende Lehre für einen, der nicht nur alles weiß, sondern sogar alles besser weiß?

Lafontaine wollte durch billiges Geld die Investitionsneigung erhöhen. Deshalb sollte die Europäische Zentralbank die Zinsen senken. Das führte zu einer Aktion gegen die Unabhängigkeit der EZB. Man ist da sehr empfindlich. Man verweigerte sich. Und Wim Duisenberg freute sich, als Lafontaine ging.

Die europäischen Partner waren u.a. verärgert, weil Lafontaine eine Steuerharmonisierung anstrebte. Wenn man ein ganz und gar einheitliches Europa will – etwa einen Bundesstaat – ist dieses Ziel verständlich. Aber wer will das noch? Gerade die Steuerpolitik haben die anderen als Wettbewerbsinstrument gesehen und sich durch eine entsprechende Politik Wettbewerbsvorteile verschafft, z.B. Großbritannien. Und genau diese Wettbewerbsvorteile wollte Lafontaine ihnen nehmen. Das schafft Ärger. Die Lösung wäre, auch die deutsche Steuerpolitik so zu gestalten, daß dadurch Wettbewerbsvorteile für unsere Wirtschaft entstehen.

Von der deutschen Wirtschaft, die er sich zum Gegner machte muß nicht weiter geredet werden. Es ist hinreichend bekannt.

Wer einen solchen Kampf gegen den Rest der Welt gewinnen will, muß zunächst einmal einen langen Atem haben. Er muß auch innerlich ganz und gar überzeugt sein von der Richtigkeit seiner Politik. Und er muß andere überzeugen, daß sie mitmachen. So hatte er es selbst auf dem Parteitag 1995 gefordert. Für die Gewerkschaften war das kein Problem. Wenn's ans Verteilen geht, sind sie gern dabei. Sie reden gern vom Ende der Bescheidenheit, wenn es um das Geld anderer geht. Bescheiden behandeln sie nur die eigenen Mitarbeiter in den unteren Gehaltsklassen. Ein paar Wissenschaftler waren auch mit von der Partie. Und natürlich gibt es immer genug Bürger, die sich gerne was zuteilen lassen. Aber Lafontaine blies der Wind ins Gesicht und mit ihm der ganzen Regierung. In dieser Regierung gibt es Leute, die das Konzept Oskars für ganz und gar falsch halten. Hombachs Darstellung über die deutsche Wirtschaft und das, was ihr guttut, erinnern eher an Ludwig Erhardt. Schröder hielt sich als Moderator und Opportunist zurück. Er wartete auf seine Stunde. Jedes Ding hat seine Zeit, hörte man ihn sagen. Das ist biblisch und zutreffend.

Der Richtungsstreit war also ebenfalls in der Regierung programmiert. Als der Widerstand draußen groß genug war, konnte sich Schröder an die Spitze der Bewegung stellen. Er wollte nicht gegen die „gesellschaftliche Mehrheit“ regieren. Die und nicht die Partei hat ihm schließlich zur Macht verholfen. So kam es zur Philippika in der Kabinettsitzung am 10. März. Die Bild-Zeitung titelte am folgenden Tag: „Schröder droht mit Rücktritt“.

Wenn er den Kabinettskollegen sagt, ich mache das nicht mehr mit, dann kann man das als Bereitschaft zum Rücktritt auslegen, aber auch als den Willen zum Rauschmiß. Ich habe begriffen, wird sich Lafontaine gedacht haben. Vielleicht hat er sich dabei an eine Vorstandssitzung im Mai 1993 erinnert. Da hat Lafontaine Gerhard Schröder, als es um die Nachfolge Engholms ging, einfach hängen lassen. Dazu lesen wir in der FAZ: „Ausdrücklich sagte der saarländische über den niedersächsischen Ministerpräsidenten, mit ihm zusammen könne er keine ‚personelle Konstellation‘ bilden, in dem Sinne etwa, der eine sei Vorsitzender und der andere solle Kanzlerkandidat werden und dann Kanzler sein. Er würde Schröder nicht unterstützen, rief Lafontaine... Mit Schröder könne er nicht zusammenarbeiten, war das Signal Lafontaines. Als er dann noch anfügte, er habe das ganz gewiß nicht persönlich gemeint, wurde Schröder, betroffen, mit der Bemerkung vernommen: „Ich habe das begriffen.“

Am 10. März hat möglicherweise Oskar Lafontaine begriffen. Jedenfalls trat er am Tage danach zurück. Der Richtungsstreit wird den Ausschlag gegeben haben, war insofern entscheidend. Alles andere kam dazu. Entscheidend war die Erfolglosigkeit seines Richtungswechsels. Er ist gescheitert. Aber er ist zu einem Zeitpunkt gescheitert, der ihm immer noch die Möglichkeit läßt, auch fürderhin zu behaupten, die nachfrage- orientierte Politik sei die bessere, weil gerechtere. Wenn er davon total überzeugt gewesen wäre, dann hätte er sicher weiter gemacht. Aber auch ihm werden Zweifel über die Richtigkeit des Weges gekommen sein. Und so wird dieses Scheitern gleichzeitig zu einer Flucht aus der Verantwortung. „Er hat bestätigt, was man wußte: Im Innersten hatte er ohnehin zunehmend Zweifel. Er ging jetzt, weil ein Teil der Mannschaft ganz offenkundig ein anderes Spiel spielte als er“, meint die Frankfurter Rundschau. Mit dieser Bewertung steht man also nicht allein. Die durchaus linksgerichtete französische Libération titelte mit dem „Scheitern der deutschen Linken“. Sie erwarte eine Wende zur Mitte. In der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung heißt es: „Über Lafontaine muß man nicht mehr viel sagen. Er hat sich deklassiert. So läuft man nicht weg aus diesen Ämtern. Seine Erklärung macht nichts besser, sondern alles noch schlimmer. Es ist ein Jammer.“

Nach Ansicht der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Schmidt sei das Scheitern Lafontaines unter den widersprüchlichen Anforderungen von SPD-Vorsitz und Ministeramt absehbar gewesen. Die

Allgemeine Zeitung aus Mainz meint: „Lafontaines Erklärung ist die eines einsamen Mannes, dem sein Lebenswerk aus den Händen glitt: Total entzaubert, als Ober-Buhmann dastehend, ohne Freunde, ohne Zuspruch“. Der Berliner Tagesspiegel wertet: „Lafontaines Rücktritt ist selbstredend auch ein Eingeständnis seines Scheiterns. In maßloser Selbstüberschätzung war der Saarländer angetreten, der internationalen Finanzwelt seine nachfrageorientierte Politik aufzudrängen. Das Ergebnis ist ernüchternd: International blieb Lafontaine isoliert. Auch national stieß er schnell an die Grenzen des Machbaren: Haushaltsdefizite, minimale politische Spielräume angesichts einer gigantischen Staatsverschuldung.“

Es war also ein Rücktritt. Eine Krise gab es nicht. Und, so meint der Kanzler, eine Krise wird es auch nicht geben. Denn: ganz schnell wurden die frei werdenden Posten neu besetzt. Hat Krise nur etwas mit Personen und ihren Posten zu tun? Letztendlich ging er, weil es einen Richtungsstreit gab. Da Lafontaine nicht allein diese Richtung vertrat, war der Streit nicht beendet. Der Vertreter einer Richtung war gescheitert. Es geschah am 130. Tage der Machtübernahme. Daß da „handwerkliche Fehler“, dilettantische Vorbereitungen, chaotische Zustände und dergleichen im Spiel waren, wurde von niemandem mehr bestritten. Auch die Betroffenen sahen das ein. Die nun sehen in dem Scheitern Lafontaines die Chance für einen neuen Anfang. Jedes Ende ist ein Beginn. Wenn aber die Richtung nicht stimmte, dann muß man die ändern. Die SPD-Linke tagte. Sie warnte vor einem Richtungswechsel. Sie machte Hombach zum Sündenbock, forderte seinen Kopf, den sie schließlich bekam, und meinte, man müsse weitermachen wie bisher. Man nennt das sozialdemokratische Politik: Verteilen, Umverteilen, Kaputtverteilen. Und er kennt seinen Koalitionspartner. Die hätte er mit Erfolg überzeugen müssen. Die Wirtschaft und die Börse jubelten eifrig. Sie meinten, der Rücktritt werde automatisch eine Rolle rückwärts bedeuten. Dies aber wollte sich Schröder nicht leisten. „Kanzler Schröder lehnt einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel ab. So mußte er wohl reden, um die Reihen geschlossen zu halten. In den nächsten Monaten jedoch zählen Taten, nicht Worte“, meinte das Handelsblatt. Kurskorrekturen werden des Kanzlers Künste sein. Mehr kann er sich kaum leisten. Vielleicht wird man gar von Kontinuität reden. Man ändert den Kurs und bestreitet es, um die Klientel bei der Stange zu halten. Jetzt geht es weniger darum die Belastbarkeit der Wirtschaft als die Belastbarkeit seiner Partei zu prüfen. Was das Land braucht, wissen wir inzwischen. Andere haben mit Erfolg Konzepte exerziert. Die Konzepte bedeuten für Deutschland so etwas wie eine Roßkur. Das jedenfalls meint einer der großen deutschen Wirtschaftswissenschaftler, Herbert Giersch: „Das Herz schlägt links, und es schlägt für die Ziele, die wir uns setzen. Dazu gehört die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsgrad. Man muß nur zu den herzensguten Zielen den rechten Weg finden und gehen. Dieser Weg aber ist steil und steinig.“

Der Rücktritt Lafontaines warf die Frage nach einem Richtungswechsel auf. Es ging darum, ob man die Kurskorrektur im Sinne von Hombachs Thesen, das Schröder-Blair-Papier und den Erfordernissen einer neuen Mitte vornehmen würde oder Lafontaine light weitermachte. Keine einfache Frage. Schließlich kennt der Kanzler seine Partei und die Gewerkschaften. Und er kannte seinen Koalitionspartner. Alle hätte er mit Erfolg überzeugen müssen. Die Wirtschaft und die Börse jubelten damals vor-eilig. Sie meinten, der Rücktritt Lafontaines werde eine Rolle rückwärts in der Wirtschaftspolitik bedeuten. Genau das lehnte Schröder ab. Ob „Genosse der Bosse“, „Neue Mitte“ oder „Schröder-Blair-Papier“, alles wurde Makulatur. Die Doppelspitze zweier Männer, deren Meinung kein Blatt Papier trennte, war beendet. Eine neue Politik gab es indessen nicht.

Wenn Hombachs Rücktritt mit der Ernennung zum EU-Koordinator begründet wurde, so war das Etikettenschwindel. Hombach wurde Opfer. Er mußte gehen, weil seine Politikentwürfe von den Linken in der SPD nicht akzeptiert wurden. Ihm wurde der Rückzug Lafontaines angelastet. Da war es nur gerecht, daß er gehen mußte. Und mit ihm ging die Neue Mitte.

Der Rücktritt Lafontaines zwang Schröder, auch den Parteivorsitz zu übernehmen. Nun konnte er sich nicht vorzugsweise auf eine gesellschaftliche Mehrheit zurückziehen, die ihn gewählt hatte, sondern er mußte die Partei repräsentieren. Und das bedeutete einerseits Anpassung an den Mainstream der Partei und andererseits die Notwendigkeit die Partei zu führen. Aber dort war ein Mann Lafontaines namens Schreiner tätig. Der mußte weg. Und deshalb mußte Müntefering weg aus dem Kabinett, um die Partei für Schröder auf Kurs zu halten. Klimmts Rücktritt war geradezu banal. Es stellte sich die Frage, ob ein Bundesminister im Amt bleiben könne, wenn er einen Strafbefehl in Finanzsachen erhält. Klimmt zumindest beantwortete die Frage positiv und ging, nachdem er den Strafbefehl erhalten hatte.

Wenn ein Kulturstaatsminister Naumann nach zwei Jahren Amtsausübung seinen Dienst quittiert, dann hat der Kanzler offenbar die falsche Wahl getroffen. So reizvoll kann die Tätigkeit bei einer Zeitung ja auch nicht sein, daß man dafür einen Job schmeißt, der einen schwören läßt, das Wohl des deutschen Volkes zu wahren und zu mehren.

Die beiden nächsten Minister sind an Krankheiten gescheitert. Die eine, Frau Fischer, weil sie sich unfähig erwies, das kranke Gesundheitswesen zu heilen, der andere, Herr Funke, weil er mit der Seuche BSE nicht angemessen umging. Sie gingen auch deshalb gemeinsam an einem Tage im Januar 2001, damit die Koalitionsarithmetik stimmte, denn die war grün, und er war rot.

Sieben Ministerrücktritte in 28 Monaten – und der achte neun Wochen vor der Wahl - das ist eine Negativliste, die sich schon sehen lassen kann und natürlich auch die Frage aufwirft, ob der Kanzler denn nun ein starker Kanzler ist. Und die Frage, ob er denn eine sichere Hand habe. Zweifel sind nicht nur erlaubt. Denn starke Worte machen noch keinen starken Kanzler. Nach den ersten sieben Rücktritten wollte sich der Kanzler, der es wieder werden will (einmal möchte er ja noch), keine weiteren Rücktritte leisten. Deshalb hielt er Scharping über Gebühr lange. Schließlich mußte er ihn doch entlassen. Das Maß war übertoll.

Obwohl dieser Rausschmiß zu einem personalpolitischen Offenbarungseid der Regierung Schröder wurde, war er unvermeidbar. Obwohl längst fällig, hatte ihn Schröder wegen der bevorstehenden Wahlen vermeiden wollen. Der hatte es wahrlich verdient, ins Privatleben zurückzutreten oder getreten zu werden. Denn dieses schöne Privatleben hat er dem Amt oft genug vorgezogen. Erst hat er das öffentlich bekannt und seine neue Bekanntschaft, Gräfin Pilati, öffentlich zelebriert. Und nachdem das in die (Bade-)Hose ging, will er sich über die res privata nicht mehr äußern. Der Stoff für Spitznamen und Glossen war da. Über „Bin Baden“ war in der Welt zu lesen: „Gott sei Dank gibt es noch Politiker, die zum Vorbild taugen. Die den einmal eingeschlagenen Weg auch konsequent zu Ende gehen. Die sich jedem modischen Schnickschnack, jeder zeitgeistigen Anbiederei, jeder Versuchung der klatschsüchtigen Glamourwelt ebenso rigoros verweigern wie dem hochglanzseitigen Aufpolieren der eigenen Biederkeit. Gott sei Dank gibt es noch Politiker wie Rudolf Scharping. In einem Interview mit dem „Stern“ hat der Verteidigungsminister nun kundgetan, daß sein Privatleben die Medien nichts angehe. Für seine Beziehung mit Gräfin Kristina Pilati gelte: ‚Dieses Thema ist und bleibt privat.‘ Genauso ist es. Man kann sich auch gar nicht vorstellen, daß ein Mann wie Scharping Einblicke in sein Privatleben gewährt, nur um daraus politischen Profit zu schlagen. Geradezu absurd. Nie im Leben würde er etwa zu Biolen gehen, um dort turtelnd seine Liebe zu bekunden. Oder sich gar fotografieren lassen, wie er mit der Gräfin auf Mallorca im Pool planscht. Wer sowas glaubt, der glaubt auch dem Kanzler, wenn er sagt: Von Rudolf lernen, heißt siegen lernen.“ (Welt 28. 2. 2002)

Sein Porträt schwankte inzwischen zwischen Karikatur und Witzfigur. Ansehen und Autorität bei der Truppe hatte er verloren. Die Soldaten haben einen besseren Minister verdient. Alle wußten es, alle meinten es, aber eine Entlassung sollte vermieden werden. Schröder hielt ihn allein wegen zurückliegender Machtkämpfe und weil ihm ein neuer Kabinettswechsel Schwierigkeiten bereiten würde. Seine Fraktion hörte ihm, wenn er redete, nicht mehr zu. Die Kollegen machten mit ihm, was sie wollten, und was sie mit ihm tun, können sie keinem anderen zufügen. Das hielt Scharping im Amt – bis es nicht mehr ging.

Hier das kurz gefaßte Register seiner Fehlleistungen:

1. Während des Kosovo-Krieges 1999 handelt er sich den Vorwurf ein, selbst Greuelpropaganda betrieben zu haben, als er den Serben unterstellt, Föten zu grillen und Völkermord zu betreiben.

Er unterstellt Belgrad einen „Hufeisenplan“, für die Vertreibung der Albaner durch serbisches Militär, der sich als Produkt des bulgarischen Geheimdienstes entpuppt.

2. Im Juni 2000 ging er nicht angemessen auf die Vorschläge der Weizsäcker-Kommission zur Bundeswehrreform ein. Sie gingen ihm zu weit. Die Vorschläge des Generalinspektors gingen im dagegen nicht weit genug. Den obersten Soldaten Hans Peter von Kirchbach schickte er daraufhin in die Pension.

Auf die angemessenen Reformen wartet die Bundeswehr noch heute. Finanziell ließ er sich mit Mitteln abpeisen, die die nötigen Reformen unmöglich machten.

3. Während die deutschen Soldaten auf dem Balkan strengen Dienst machen, stellte der Minister sein Privatleben in der Pool-Position zur Schau. Für einen 8-Stunden-Aufenthalt bei der Gräfin jettete er auf die Balearen. Natürlich mit einer Maschine der Bundeswehr. Die Reaktion schwankt zwischen Gelächter und Unmut. Die Öffentlichkeit mußte den Eindruck gewinnen, da sei ein Minister, dem sein Hormonhaushalt wichtiger ist als der Verteidigungshaushalt.

4. In der sogenannten Uran-Krise unterschätzte Scharping die Brisanz der Vorwürfe. Er reagierte zu spät. Hinhalten war angesagt. Einerseits beschuldigte er die Medien, „Hysterie“ zu betreiben; andererseits setzte er sich in Brüssel dafür ein, auf die Verwendung uranhaltiger Munition zu verzichten. Es reimt sich nicht, wenn er Gesundheitsrisiken ausschließt und den Verzicht auf die Munition nahelegt.

5. Mehrere Hundert radargeschädigte Soldaten warteten lange auf eine anständige Lösung des Problems, nachdem eine Schädigung ihrer Gesundheit offenkundig wurde. Im Spiegel hieß es: „Auch zu Hause behandelt die Militärbürokratie ihr Personal reichlich sorglos: Mitten in der Uran-Affäre kam plötzlich eine seit 1999 unter Verschluss gehaltene Studie über den Krebstod von 22 Radarmechnikern ans Licht – samt Aussagen von Betroffenen über den eiskalten Umgang mit den Opfern.“ (22. 1. 2001)

6. Mit einer Bemerkung bei einem Hintergrundgespräch mit Journalisten in Brüssel sorgte Scharping für beachtliche Irritationen. Er wurde mit der lapidaren Aussage zitiert: „Wer Somalia ausschließt, ist ein Narr.“

Die Frage sei nicht das ob, sondern das wann und wie des Einsatzes. In Berlin wertete der Sprecher des Auswärtigen Amtes die Meldung als „absonderlich“.

Der amerikanische Verteidigungsminister blamierte Scharping ohne Namensnennung: Rumsfeld sagte: „Der Deutsche hatte unrecht. Es war nicht seine Absicht, und ihm tut es wahrscheinlich leid, aber er lag eindeutig falsch.“

7. Die mangelnde Neigung der Bundesregierung und des Finanzministers, die Bundeswehr angemessen auszustatten, sollte auch dadurch ausgeglichen werden, daß man auf „Verwertungserlöse“ setzte, die durch Privatisierung, Outsourcing, Leasing und den Verkauf von Immobilien erzielt werden sollten.

Aber die Hoffnungen starben bald. Statt der erwarteten ein oder eineinhalb Milliarden war man froh, im Jahre 2001 222 Millionen erzielt zu haben. Mit Frau Fugmann-Heesing glaubte man eine probate Kraft zur Ankurbelung der Verkäufe gefunden zu haben. Aber erfolglos schmiß sie ihren Job - nicht ohne gut „abgefunden“ zu sein. Schamhaft wie die Regierung ist, rückt sie keine Zahlen heraus. Offenbar sind sie unverschämt hoch.

8. Einen besonderen Höhenflug in Rudolfs Pannwirtschaft bildete der vorgesehene Kauf von 73 Flugzeugen vom Typ A 400 M. Im Haushalt 2002 ist eine Summe von 5,1 Milliarden Euro eingestellt, die ausreichen, um 40 der Flugzeuge zu kaufen. Gegenüber den Partnern hatte sich Scharping jedoch verpflichtet, eben die 73 abzunehmen. Damit wäre der nächste Bundestag ohne parlamentarische Zustimmung auf die Ausgabe weiterer 3,5 Milliarden Euro festgelegt worden. Dieses verletzt das vornehmste Recht des Parlamentes, das Haushaltsrecht. Die Opposition ging zum Bundesverfassungsgericht. Dort mußte Scharping, um eine Niederlage zu vermeiden, eine Unterwerfungserklärung dergestalt abgeben, daß die Regierung „rechtliche Verpflichtungen“ nur in dem Umfang eingehen werde, die von den bewilligten 5,1 Milliarden gedeckt sind. Das war der erste Rückzieher.

Da er jedoch später gegenüber den Partnern die Verpflichtung einging, Schadensersatz zu leisten, wenn nicht alle 73 Flugzeuge abgenommen werden, gab es neuen Konfliktstoff. Im Falle einer Ablehnung des nächsten Bundestages hätten die Schadensersatzleistungen schließlich dazu geführt,

daß Deutschland gerade mal 25 Flugzeuge bekommen hätte. Das Angebot einer sauberen Regelung durch einen Nachtragshaushalt wollte die Bundesregierung nicht akzeptieren. Offenbar hat die Regierung Angst vor einem solchen Nachtragshaushalt, weil dann möglicherweise der ganze Haushalt 2002 ins Wanken gerät, weil er auf überhöhten Schätzungen der Einnahmen beruht. Es folgte der zweite Rückzieher.

9. Und dann wurden im Juli 2002 seine Beziehungen zur Agentur Hunzinger bekannt. Nicht gemeldete Honorare und teure Anzüge für den Arbeiterführer. Aber von nichts kommt nichts, mag der Kanzler gedacht haben. Lieber ein Ende mit Schrecken und mit Scharping.

Angesichts dieser ergänzungsfähigen Liste kann es denn nicht verwundern, wenn bei einem Besuch des Ministers in Washington eine defekte Sicherheitsrampe seinen Wagen in die Luft hebt. Neben leichten Blessuren an Kopf und Bein amüsiert sich das Land nach dem Motto: Wer den Schaden hat....

Allenthalben hört man, er habe sich „lächerlich“ gemacht, seine „Autorität“ verspielt, sei geradezu „Witzfigur“ geworden. Der Vorsitzende des Bundeswehr-Verbandes, Oberst Gertz, titulierte ihn als die „Witzblattfigur der Bundesregierung“. Dafür hat er nun ein Disziplinarverfahren am Hals.

Im letzten Jahr hatte es Schröder vermieden, weitere Rücktritte und Entlassungen zuzulassen. Dies hätte die ruhige Hand als zitternd erscheinen lassen. Die Liste der aus Wahlrücksichten zurückgestellten Karrierebeendigungen wurde lange von Rudolf Scharping angeführt. Jetzt steht Minister Riester ziemlich oben.

Er ist schließlich Arbeitsminister, und die Verringerung der Arbeitslosigkeit war angeblich das Hauptziel der Regierung Schröder. Dieses Ziel ist verfehlt worden, obwohl Riester einige Manipulationen an der Statistik vornahm. Eine weitere hat er sich nicht getraut noch vor der Wahl umzusetzen. Klar ist jedenfalls, daß geeignete Maßnahmen zur nennenswerten Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht stattgefunden haben. Ob Greencard oder Job-Aktiv-Gesetz – alles hat nichts gebracht. Die Lohnnebenkosten wurden nicht so gesenkt, daß eine Belebung auf dem Markt hätte stattfinden können. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat nicht stattgefunden. Der Minister machte keinen guten Job.

Gewiß, überall redet man von der Riester-Rente. Was aber ist Sache? Das wesentliche Ziel einer Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung wird es nicht geben. Das war versprochen. Trotz der zweckentfremdeten „Öko“-Steuer-Milliarden wird der Beitrag eher steigen. Damit würden die Lohnbelastungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer steigen. Riesters Rentenreform wird eher zum Rentendebakel.

In Sachen Bundesanstalt für Arbeit zeichnet der Minister offenbar nicht verantwortlich. Andere müssen gehen. Der Minister bleibt – weil die Wahlen nahe sind. Auch wenn er beim EU-Beschäftigungsprogramm gegen EU-Richtlinien verstößt, indem er millionenschwere Aufträge ohne Ausschreibung vergibt und so in den Amigo-Verdacht gerät, hat der Minister damit nichts zu tun. Es sind die Mitarbeiter, die Fehler machen.

Trittins Pannenliste muß man nicht noch einmal repetieren. Nach dem letzten Fauxpas konnte man aus den Fraktionen von SPD und Grünen erfahren, noch einen Schuß habe er nicht frei. Seitdem ist er mehr oder weniger untergetaucht. Bei der letzten Injurie hatte er über den Generalsekretär der Union gesagt, der sehe nicht nur aus wie ein Skinhead.

Künast hat nach kurzer Zeit ihren Futtermittelskandal. Ihr besonderes Merkmal war die Empfehlung und Förderung der biologischen Landwirtschaft. Diese sollte das Heil bringen und die Giftrisiken ausschließen. Inzwischen wissen wir, daß die Anfälligkeit gleichermaßen ist, ob teurer Bio-Anbau oder preiswerter konventioneller Anbau. Und wo das Nitrofen herkam, wissen wir immer noch nicht genau. Schily holt sich seine Blessuren in Sachen NPD-Verbot. Er hat Glück, daß das Verfassungsgericht die Sache auf die lange Bank schiebt.

Kurzum, Schröder hat die Qualität seines Kabinetts nach dem Weggang von Hombach selbst beschrieben. Dieser, so sagte er damals, sei sein bester Mann gewesen. Und die Frage ist, was bleibt denn, wenn man seinen besten Mann gehen läßt?

Darüber gibt ein seit langem kolportierter Witz Auskunft. Beim Treffen der drei Großen - Clinton, Putin und Schröder - läßt Putin die anderen wissen, er habe 16 Leibwächter und einer davon trachte ihm nach dem Leben – er wisse nur nicht wer. Darauf Clinton, auch er habe sein Problem, denn er habe 16 Praktikantinnen und eine davon habe Aids – er wisse nur nicht welche. Darauf meinte Schröder, auch er habe ein Problem, denn er habe 18 Minister und einer davon sei gut – er wisse nur nicht wer.

Die weniger Guten sind geblieben, und das wird immer wieder sichtbar. So nötig eine Qualitätsaufbesserung vor den Wahlen wäre, genau der Wahlen wegen ist sie nicht möglich, weil damit die unqualifizierte Hand des Kanzlers offenkundig würde.

Übrigens: Einer, der als großer Macher der Wirtschaftspolitik im Wahlkampf empfohlen war und nach dem Willen Schröders Superminister werden sollte, trat bereits vorzeitig zurück: Vor der Kabinettsbildung.

Möglicherweise hatte Herr Stollmann eine Ahnung hinsichtlich dessen, was kam. Er trat von der Kandidatur zurück, um nicht als Minister zurücktreten zu müssen. Da kann man vielleicht den Zynismus eines Journalisten verstehen, der nach Scharpings Rücktritt den Kanzler fragte: „Und wann treten Sie zurück?“

*„Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“ (Faust)*

## **5. Die „Öko“-Steuer – ein Etikettenschwindel**

Mit den Vorsilben „Öko“ und „Bio“ werden wir seit einigen Jahren überflutet. Alles was unter diesem Etikett verkauft wird, soll den Eindruck vermitteln, es diene der individuellen wie globalen Gesundheit gleichermaßen. „Öko“ und „Bio“ sind zu Werbesilben geworden, die jedes Wort veredeln und wertvoll machen sollen. So auch die Steuer, die keiner gern zahlt. Wenn diese besondere Steuer aber der Bewahrung der Welt vor dem Unheil von Klimakatastrophen dient, dann mag man sich dem schwer entziehen. Und genau dies soll die Vorsilbe „Öko“ vermitteln. Aber wie das eben so ist. Alles was sich gut zur Werbung eignet, unterliegt der Gefahr des Mißbrauchs und Etikettenschwindels. So auch hier.

Die „Öko“-Steuer ist keine „Öko-Steuer“, sondern bezogen auf die Erhebungsart eine Erhöhung der Mineralölsteuer und bezogen auf den Zweck eine Rentenfinanzierungssteuer. Wenn jede Verteuerung des Mineralöls durch Steuern, insoweit dadurch der Verbrauch gesenkt werden könnte, als „ökologisch gut“ bezeichnet werden kann, dann ist die gesamte Mineralölsteuer eine „Öko“-Steuer und wir zahlen sie seit Jahrzehnten. Und sie liegt jetzt bei etwa 75 % des Abgabepreises. Diese Steuer ist ohnehin eine ganz wunderbare. Denn der Staat hat die Tankstellen zu Inkassofilialen des Finanzamtes gemacht, ohne in Erscheinung zu treten und ohne besondere Einzugskosten zu haben. Betrug so gut wie ausgeschlossen.

Aber der Name ist ein Betrug: Ein Teil der Mineralölsteuer wird zur „Öko“-Steuer veredelt, um die Renten finanzieren zu können, weil die überfällige Rentenreform nicht im notwendigen Umfang erfolgt ist. Das Geld wird also für die Renten gebraucht. Nun stelle man sich vor, diese Erhöhung der Mineralölsteuer führte in der Tat zu einem erheblichen Rückgang des Kraftstoffverbrauchs. Schließlich würde ja nur dadurch der ökologische Zweck erreicht. Blieben aber die gewünschten Einnahmen aus, dann könnte man die Renten nicht mehr subventionieren. Auch hier wird der Schwindel offenkundig: „Denn die Absicht, auf dem Wege einer Steuererhöhung das Verhalten zu verändern und zugleich damit die Renten zu stabilisieren, offenbart schon in ihrer Anlage, daß Ihre Urheber selbst nicht an ihren Erfolg glauben. Nur wenn ausreichend viele Menschen weiterhin im bisherigen Maß Auto fahren – und nichts deutet darauf hin, daß sie das mangels geeigneter Alternativen trotz der zusätzlichen Belastungen nicht tun werden -, werden mit den damit erreichten Mehreinnahmen die Renten finanziert werden können.“ (FAZ vom 19.9.2000)

Eine besonders peinliche Kuriosität ergibt sich dadurch, daß natürlich auch Rentner und Arbeitslose diese „Öko“-Steuer zu leisten haben, insofern sie Autofahrer sind. Die Rentner, die glaubten, sie hätten sich durch ihre Beitragsleistung ihre Rente verdient, müssen nun auch noch als Rentner zur Rentenfinanzierung über den Benzinpreis beitragen. Und dann die Arbeitslosen. Die brauchen normalerweise keine Rentenbeiträge zu entrichten. Diese Lasten hat man der Bundesanstalt für Arbeit zugeschoben. Jetzt werden sie über den Benzinpreis zu einem zusätzlichen persönlichen Beitrag herangezogen, ohne daß sich ihre Rentenansprüche erhöhen. Immerhin geht es hier um mehr als 4 Millionen Menschen.

Bei der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz hat die Regierung ja genüßlich darauf hingewiesen, daß die Kirchen auf ihrer Seite seien. Bei der Einführung der „Öko“-Steuer hat man nicht nach deren Auffassung gefragt. Immerhin hatte das Kommissariat der Deutschen Bischöfe die familienfeindliche Ausrichtung dieser Steuer moniert und bemängelt, daß gerade die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung dadurch getroffen werden.

Auch an einem weiteren Punkt wird der Schwindel offenkundig. Ziel soll die Bewahrung vor einer Klimakatastrophe durch zu hohe CO<sub>2</sub> Ausstöße sein. Die in dieser Hinsicht schmutzigste Energie, die Stein- und Braunkohle, die dreimal so hohe Belastungen bewirkt wie Erdgas, wird nicht nur nicht belastet, sie wird hochgradig subventioniert. Dies ist keine Logik, sondern folgt den Gesetzen einer perversen „Öko“-Logik.

Der beste Beitrag zum Umweltschutz wäre die Belastung des größten



CO 2-Sünder: Kohle. Hier brauchte man nur die Subventionen zu streichen und könnte jährlich Milliarden sparen. Ein mehrfacher Gewinn: Der Staat spart Subventionen, die Bürger brauchen keine höheren Steuern zu zahlen, und die Umwelt würde wirklich entlastet.

Was spricht dagegen? Nur nostalgische Betrachtungen über Kumpel und Kohlen und die Erhaltung eigener Energiequellen. Das ist weder fortschrittlich noch konservativ, das ist rückschrittlich.

Die „Öko“-Steuer hat auch wirtschaftliche Auswirkungen. Sie belastet auch Unternehmer. Diese Tatsache bewirkte die Einführung besonderer Ausnahmetatbestände, mit komplizierten bürokratischen Verfahren zur Rückerstattung. Das Ergebnis wieder einmal: Die Großen werden geschont, die Kleinen belastet. Gut sozialdemokratisch also. So auch beim Verkehr. Die öffentlichen Verkehrsbetriebe werden begünstigt, die privaten nicht. Diese müssen jedoch in einem europaweiten Wettbewerb bestehen. Eine EU-einheitliche „Öko“-Steuer gibt es jedoch nicht. Die besondere Belastung deutscher Betriebe der Verkehrsbranche führt einerseits zu Verlagerungen ins günstigere Ausland und zu Insolvenzen mangels Konkurrenzfähigkeit. Im übrigen ist durch diese Steuer auch der Bahnverkehr verteuert worden. In der FAZ vom 12. 3. 1999 hieß es: „Die Bahn wird teurer werden. Und jeder sollte darüber informiert werden, wo die Verteuerer sitzen: in der rot-grünen Bundeskoalition. Die Bahn sollte künftig „Öko-Tickets“ ausstellen.“

Die Liste der Mängel läßt sich verlängern. Trotzdem plädiert der Minister Trittin für eine Fortsetzung der stufenweisen Erhöhung der Mineralölsteuer. So vermeldete die FAZ am 13. 2. 2002: „Umweltminister Jürgen Trittin will die umweltbezogenen Steuern in der nächsten Legislaturperiode erhöhen und ausweiten. Wie aus Regierungskreisen zu hören ist, gehören dazu die Fortsetzung der Ökosteuerreform, politisch definierte Preise wie für die Einspeisung erneuerbarer Energien und zweckgebundene Abgaben, beispielsweise die Lastwagenmaut.“

Nun hat die Regierung immer wieder die Neigung gezeigt, die Erhöhung der Benzinpreise den Multis anzuhängen. Immer mal wieder, wenn die Preise an den Tankstellen steigen, hört man aus Ministermund von der „schamlosen“ Preistreiberei der Konzerne. Man werde das Kartellamt einschalten. Und so fort. Kein Wort zugunsten der Multis. Aber wahr bleibt: Der wahre Preistreiber der letzten Jahre ist der Staat. In einem Jahrzehnt hat er die Steuerlasten für Kraftstoffe verdoppelt. Seit 1999 hat sich der Preis in vier Stufen um je 6 Pfennig + 1 Pfennig Mehrwertsteuer, also um 28 Pfennig erhöht. Wenn der Preis an den Tankstellen etwa 1,05 Euro beträgt, kassiert der Staat 78 Cent, das sind gut  $\frac{3}{4}$  oder 75 %. Dagegen sind die Erhöhungen der Produzenten ausgesprochen bescheiden.

Die Erhöhung der Energiepreise in den letzten Jahren hatte drei Ursachen:

1. Die Einschränkung der Förderungen durch die Produzenten und die Marktreaktionen auf internationale Konflikte.
2. Die Schwäche des Euro gegenüber dem Dollar, weil auf Dollarbasis die Erdölgeschäfte abgeschlossen werden und der Euro seit Einführung ein Viertel seines Wertes verloren hat.
3. Die Einführung der „Öko“-Steuer.

Für einen der Gründe trägt allein die Regierung die Verantwortung: Die „Öko“-Steuer, die am stärksten zu Buche schlägt. Für einen weiteren Grund trägt die Regierung die Mitverantwortung: Die Euro-Schwäche.

Der Wähler sollte die Hauptverursacher für die hohen Preise beseitigen. Dafür eignet sich die Wahlurne.

Diese Schwindelsteuer muß ein Ende haben. Die Maxime: Je höher der Benzinverbrauch, desto sicherer müssen die Renten aufgehoben werden durch eine solide Rentenreform. Die Frage der CO 2-Belastung muß europaweit solide geregelt werden, um einseitige Belastungen der deutschen Unternehmen zu vermeiden. Zwar wird es kaum möglich sein, die Erhöhung der Mineralölsteuer rückgängig zu machen. Dazu ist die Finanzlage des Bundes zu miserabel. Schließlich müssen die Maastricht-Kriterien eingehalten und die Schulden abgebaut werden. Auch sind für eine

Verbesserung der finanziellen Lage Deutschlands eine Reihe von Reformen die Voraussetzung, die nicht über Nacht erfolgen können. Aber die „Öko“-Steuer sollte keine Fortsetzung finden, d. h. Verzicht auf die beschlossene Stufe 2003 und damit Ende dieses Etikettenschwindels.

*„Wenn das Vertrauen fehlt, stellt man Vertrauensfragen.“ (Erfahrungstatsache)*

## **6. Vertrauensfrage rettet marode Koalition**

Die Lektüre des Koalitionsvertrages zwischen Rot und Grün vom

20. Oktober 1998 gibt in Sachen Bundeswehreinsätze nicht viel her. Dort heißt es lediglich: „Die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist an die Beachtung des Völkerrechts und des deutschen Verfassungsrechts gebunden. Die neue Bundesregierung wird sich aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu bewahren und die Rolle des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu stärken.“

Sowohl wesentliche Teile der SPD als auch der Grünen haben sich bei einer Entscheidung über Militäreinsätze schwer getan. Die Entscheidung über den Mazedonien-Einsatz im Jahr 2001 brachte folgendes Ergebnis: 497 Abgeordnete stimmten mit Ja, 130 mit Nein. Unter den Nein-Stimmen fanden sich 20 Abgeordnete der SPD und 5 der Grünen. 8 Abgeordnete der SPD und 2 der Grünen nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Danach verfügte die Regierung über keine eigene Mehrheit. Ohne positive Beteiligung der Opposition wäre die Regierung mit ihrem Vorhaben gescheitert. Deutschland wäre im Bündnis und in der Welt blamiert gewesen.

Ähnlich sah es vor der Entscheidung über den Einsatz in Afghanistan aus. Die öffentlichen Bekundungen von Abgeordneten der Koalition machten deutlich, daß der Kanzler über keine Mehrheit verfügte. Andererseits gab es durch die Beteiligung der Opposition eine breite parlamentarische Akzeptanz in der Sache. Auch beim Afghanistan-Einsatz hätte es durch Beteiligung der Opposition zu einer breiten Mehrheit kommen können. Zunächst schien Schröder auch bereit, diesen Weg zu gehen. Er sagte, es komme ihm bei dieser Frage allein auf die Mehrheit im ganzen Bundestag an. Erst unmittelbar vor der Entscheidung entschloß er sich, die Vertrauensfrage zu stellen. Diese Absicht war von der Drohung begleitet, im Falle der Niederlage vorgezogene Neuwahlen einzuleiten und – natürlich – danach die Koalition mit den Grünen zu beenden. Das war klar, und das war starker Tobak. Vorher hatte sich der Kanzler mit Helmut Schmidt und Hans-Jochen Vogel beraten. Es war das vierte Mal, daß in der Geschichte der Bundesrepublik die Vertrauensfrage gestellt wurde.

Im Februar 1982 stellte Bundeskanzler Schmidt die Frage, weil die Koalition mit der FDP wackelte. Er gewann die Abstimmung – und wollte sie wohl auch gewinnen. Gleichwohl war die Koalition ein halbes Jahr später am Ende.

Auch Brandt und Kohl stellten die Vertrauensfrage. Doch beide wollten sie nicht gewinnen. Sie wollten die Vertrauensfrage benutzen, um durch die Niederlage Neuwahlen zu ermöglichen. Die Brandt-Regierung hatte 1972 durch Austritte aus der Fraktion keine Mehrheit im Parlament. Die Vertrauensabstimmung im September 1972, die mit 248 Nein und 233 Ja-Stimmen ausging, eröffnete den Weg zu den Neuwahlen.

1982 war die Lage anders. Kohl war durch den Partnerwechsel der FDP Kanzler geworden. Man war der Meinung, dieser Wechsel müsse vom Wähler abgesegnet werden. So wollte man Neuwahlen. Die Vertrauensfrage bot den verfassungsrechtlich gangbaren Weg.

Auch im Jahre 2001 muß man von der Annahme ausgehen, daß Schröder die Abstimmung am liebsten verloren hätte, um Neuwahlen zu bekommen. Auf diese Weise wäre ihm eine lange Wahlkampfdebatte über Fragen der Arbeitslosigkeit und der schlechten Konjunkturlage erspart geblieben. Auch hätte er auf diese Weise die unzuverlässigen Grünen als Partner loswerden können. Schließlich hatte sich die FDP schon lange als Partner angeboten. Und „zufällig“ gab es vor der Abstimmung ein Gespräch Schröders mit Westerwelle. Eine Abstimmungsniederlage Schröders hätte insofern neue Weichen gestellt und die FDP möglicherweise auf lange Zeit an die SPD gebunden. Wenn Schröder dieses Ziel vor Augen hatte – und daran kann es kaum Zweifel geben –, dann hat ihm die Abstimmung einiges verhagelt.

Aber gewiß ging es ihm nicht nur um die Frage einer neuen Koalition, nachdem er sehen mußte, daß für Rot-Grün seit Monaten keine Mehrheit mehr in den demoskopischen Befragungen zu ermitteln war.

Erstes Ziel war gewiß die Disziplinierung der eigenen Fraktion und Partei am Vorabend eines Parteitages. Kein Kanzler sieht gut aus, wenn er in einer wichtigen Frage die eigene Truppe nicht hinter sich hat. Und dann ging es um die Disziplinierung und Demütigung der Grünen. Dort gab es mindestens acht Abgeordnete, die dem Einsatzbeschuß für Afghanistan nicht zustimmen wollten. Latent waren es viel mehr. Die Parole lautete für die Grünen: Friß oder stirb. Natürlich haben sie gefressen. Jene Partei, die als Beschützer der Krötenwanderung anfing, ist nun zum Weltmeister im Krötenschlucken avanciert. Und das hat einfache Gründe. Natürlich haben viele grüne Abgeordnete gegen ihr Gewissen gestimmt. Aber die Lage war eben kompliziert. Denn es ging um die Fortsetzung der Koalition, d.h. um die Bewahrung der Posten und sonstigen Vorzüge, die die Beteiligung an der Macht nun mal mit sich bringt. Diese niedrigen persönlichen Beweggründe konnte man ja außerdem gut verpacken. Wenn man nämlich von der Macht entfernt sein würde, hätte die dem Lande wohlthuende grüne Politik gar keine Chance mehr. Hatte nicht der Moralapostel der SPD-Linken, Erhard Eppler, einen beschwörenden Brief zur Gewissensentlastung geschrieben? In diesem Brief war folgendes zu lesen: „Wenn die demokratische Linke in zehn Jahren auf den November 2001 zurückblickt, möchte ich nicht, daß sie sich vergeblich um Verständnis dafür müht, wie man die Chancen einer linken Reformpolitik für Jahrzehnte verspielen konnte, nur weil man sich nicht verständigen konnte über die Bereitstellung von 3.900 Soldaten für einen Konflikt, der praktisch schon zu Ende war, als darüber abgestimmt wurde.“ (FAZ 17. 11. 2001)

Denn auch in der SPD witterte die Linke Verrat. Ein Bündnis mit der FDP würde sie womöglich tatsächlich mehr zur Mitte hin bewegen, die sie entgegen den Wahlkampfparolen partout nicht anstrebten. Diese linke SPD war nach einem Gespräch mit dem Bundeskanzler gewarnt. Er hatte in diesem Gespräch sein Interesse an Neuwahlen bekundet und die Grünen als unzuverlässig dargestellt. Für die Linke in der SPD kam es insofern darauf an, einer Hinwendung der SPD zur FDP entgegenzuwirken. Mit einem Trend zur Mitte, den eine Koalition mit der FDP bewirkt hätte, hatte man nichts am Hut. In der Partei kursierte ein entsprechendes Papier der Parteilinken, in dem vor der „Ideologie des Neoliberalismus“ und vor einem „entfesselten Kapitalismus“ gewarnt wurde. Mit ihrer Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz hat die politische Linke in der SPD den Weg zu einer Orientierung in die Mitte hin bewußt verbaut. Schließlich hatte Eppler den Brief gerade an sie geschrieben, um ihre Gewissensprüfung zu erleichtern.

Für Schröder war die Alternative klar. Entweder er verliert (wunschgemäß) die Abstimmung. Dann gibt es je nach Wahlergebnis eine Rot-Gelbe Koalition wie zwischen 1969 und 1982. Wenn Partei und Fraktion dabei nicht mitspielen sollten, müßte er Rot-Grün von der PDS stützen lassen.

Oder er gewinnt die Abstimmung. Dann hat er seinen Disziplinierungseffekt erreicht. Die Linken in der SPD gehen auf Kurs und die Grünen kriechen zu Kreuze. Ihre pazifistische Rolle ist damit endgültig ausgespielt. Aber er muß mit ihnen weiter regieren. Das ist gerade deshalb bitter und problematisch, weil ja keine Frage gelöst ist. Die Abweichler haben nicht aus Überzeugung in der Sache für den Einsatz in Afghanistan gestimmt. Sie wurden zu einer unangenehmen Güterabwägung gezwungen. Einen solchen Zwang, der durch die Koppelung der Vertrauensfrage mit einer bestimmten Sachfrage erfolgte, kann man nicht ohne weiteres wiederholen. Aber dieser Zwang hat die wahren Meinungen und Neigungen verdeckt. Dazu die FAZ: „Allein der Zwang, die Vertrauensfrage zu stellen, offenbarte schon, wie zerrüttet das rot-grüne Bündnis ist. Die wechselseitigen Mißtrauenserklärungen, Schröders Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Grünen und deren Einwilligung unter Aufgabe

grüner Restüberzeugungen haben diese Entfremdung und damit die Schwächung der Regierung noch weiter vorangetrieben. Die Grünen entschieden sich am Freitag nicht für Schröder, sondern für langsames Siechtum.“ (17. 11. 2001)

Insofern ist die Frage, ob denn die Vertrauensabstimmung erfolgreich verlaufen sei, schwer zu beantworten. Hätten die Grünen ihrer klassischen pazifistischen Neigung Folge geleistet, dann wäre der Test formal negativ verlaufen. Schröder aber hätte den Grünen das Scheitern zuschieben können. Und er hätte einen kurzen Wahlkampf gehabt. Nun muß er mit dem maroden Bündnis weiter regieren. Denn eines bleibt richtig. Friedrich Merz hat es in der Debatte gesagt: „Sie haben die Grundfrage der Wehrhaftigkeit dieser Demokratie nie ehrlich geklärt.“ Ein Blick in den Koalitionsvertrag bestätigt dies ebenso wie die Vertrauensfrage. Das rot-grüne Bündnis stand vor dem Bruch. Schröder wollte die Flucht nach vorn antreten. Einen Wahlkampf ohne Koalitionsaussage. Umfragen belegten, daß die Wähler für Neuwahlen nicht abgeneigt schienen. Die „erfolgreiche“ Abstimmung zur Vertrauensfrage kaschiert „ein Grundproblem deutscher Nachkriegsmentalität“, die allerdings weit verbreitet sei. Gemeint ist das „ohne mich“ oder „nie wieder Krieg“. Diese Frage hat die Koalition nun keineswegs ehrlich beantwortet. Indem sie sich für den „Krieg“ entschied, hat sie nur sich selbst über die Runden gerettet. Nicht die mit der Vertrauensfrage gekoppelte Sachfrage der Selbstverteidigung wurde beantwortet, sondern die Frage nach dem Überleben der Koalition. In der Welt las man dazu: „Deswegen steht jetzt nicht nur eine rot-grüne Koalition vor der Vertrauensfrage, sondern ein hoch defizitäres Welterklärungsmodell, das weit über die grüne Wählerschaft hinaus in Deutschland Anhängerschaft genießt. Ein Modell, das erwiesenermaßen nicht das Vertrauen verdient, das ihm vielleicht am Freitag noch einmal ausgesprochen werden könnte...Es würde einer Regierung helfen zu überleben, die sich in der entscheidenden Frage der Selbstverteidigung unserer Zivilisation als nur bedingt handlungsfähig erwiesen hat. Dies würde die fatale Illusion weiter nähren, daß andere für den Krieg, Deutschland aber für die Gestaltung des Friedens berufen ist. Diese Haltung ist intellektuell unredlich und bedeutet eine Selbstentmündigung dieses Landes und seiner Bürger. Gegen diesen Irrtum hilft nur ein klarer Rücktritt – entweder von dieser Utopie oder aus der Regierung.“ (15. 11. 2001)

Die Vertrauensfrage hat einmal mehr offenbart: „Mit den Grünen ist auf der internationalen Bühne dauerhaft keine verlässliche Politik zu machen. Deshalb ist die Koalition am Ende.“ (Morgenpost 15. 11. 2001)

Die Spitze der Peinlichkeiten, die in solchen entscheidenden Situationen leicht offenbar werden, fand sich im Abstimmungsverhalten einiger grüner Abgeordneten. Damit die Regierung überlebt – und sie ihre Ämter behalten – stimmte die Hälfte dieser Gruppe für das Vertrauen. Damit sie ihr pazifistisches Gewissen pflegen konnten, stimmte die andere Hälfte dagegen. Deshalb konnte der Abgeordnete Ströbele nach der Abstimmung erklären: „Ich bin in der schizophrenen Situation, daß ich mit Nein gestimmt habe, mit dem Ergebnis der Abstimmung aber zufrieden bin.“ Dem ist nun nichts weiteres hinzuzufügen: Schizophrene Grüne regieren uns. Wie lange noch?

„Ein jeder kehre vor seiner Tür.“ (Volksmund)

## **7. Spendenaffären**

Alle Parteien hatten schon ihre Spendenskandale. Im Jahre 2000 besonders die CDU. Die Roten freuten sich. Sie saßen auf hohem Rosse und erwarteten, 2002 sicher durchs Ziel der Wahlen zu gehen. Wie eben das Leben so spielt: Den einen erwischt es früher, den anderen später. Und da gibt es eine Lebenserfahrung, die eben deshalb zur Vorsicht mahnt.

Es mag schon fast jedem so ergangen sein. Es ergeht sich einer in Kritik und Vorwürfen an einem anderen, weil er sich selbst (noch) für fehlerfrei hält. Da sitzt man auf einem hohen Roß und genießt jene banale Freude, die der Volksmund Schadenfreude nennt. Nur Thoren mögen darin die schönste aller Freuden erkennen. Aber am besten lacht bekanntlich nur der, der am letzten lacht. Und wer anderen eine Grube gräbt, fällt vielleicht selbst hinein.

Es ist wohl u.a. die Stärke der Literatur-Klassiker, daß sie klassische Situationen der Menschen in schöne Worte kleiden und der Belehrung und Besserung wegen an uns alle vermitteln. So werden sie zeitlos: Shakespeare und Goethe, Homer und Cervantes.

Könnten daher die folgenden Verse jetzt nicht von einer musischen Variante des SPD-Generalsekretärs gesprochen werden? Nicht öffentlich – versteht sich. Dazu mag man sich auch nicht in einer Zeit hinreißen lassen, in der sich jeder mehr oder weniger geschmacklos outet. Schließlich müßte man ja zugeben, daß man zu früh gelästert und sich gefreut hat. Aber so insgeheim, im stillen Kämmerlein oder auf dem Wege nach Hause, wenn man tagsüber von den Affären der eigenen Partei gelesen hat und sich daran erinnert, wie man weiland andere vergleichbarer Dinge wegen geschmäht hat. Eine Art Selbstgespräch vor dem Spiegel sozusagen – ohne Selbstgerechtigkeit - zum Zwecke der Gewissenserforschung. Schließlich war der Generalsekretär einmal Meßdiener.

Auch jenes Mägdlein in Goethes Faust sagte sich das folgende als Monolog auf dem Heimweg, nachdem sie ihre Unschuld durch Faust verloren hatte: „Wie konnt' ich sonst so tapfer schmälern, wenn tät ein armes Menschlein fehlen! Wie konnt' ich über andrer Sünden nicht Worte genug der Zunge finden! Wie schien mir's schwarz, und schwärzt's noch gar, mir's immer doch nicht schwarz g'nug war, und segnet' mich und tat so groß, und bin nun selbst der Sünde bloß!“

Soweit der Klassiker, den Herr Müntefering hätte verinnerlichen sollen, ehe er die CDU schmähte und schalt. Denn immer soll man sich vor schwerer Kritik fragen, ob sie als Bumerang zurückkehren könnte. Nur wer frei von Sünde ist, könnte den Stein erheben. In der Bibel tat's keiner. Soweit sich Müntefering und Genossen damals äußerten, als es um die CDU ging, klang das so: „Das Ganze ist eine Krise der CDU, nicht mehr und nicht weniger, keine Staatskrise... Wir sind ganz sicher: Bei uns hat es keine vergleichbare Konstellation von Ander- und Schwarzgeldkonten gegeben... Die CDU hat die Wahl zwischen der Pest und der Kohl-Ära... Das, was zusätzlich und ungerechtfertigter Weise in den Kassen gewesen ist, hat ja immer zu Konsequenzen bei Wahlen geführt... Und eine Partei, die auf sich hält, müßte an der Stelle die Konsequenz ziehen und sagen, so kann man nicht weitermachen... Und da sollte sich dann die CDU auch einer Neuwahl in Hessen stellen... Seine (Kochs) Glaubwürdigkeit ist absolut ramponiert. Koch ist unter illegalen Bedingungen an die Macht gekommen... Wenn er kein Feigling wäre, hätte er sich längst der Entscheidung der Wähler gestellt... Ein Grundsatz der Demokratie ist die Chancengleichheit für alle Parteien. Gegen diese Regeln hat die CDU über lange Zeit massiv verstoßen. Sie hat sich mit Geldwäsche und Bilanzfälschung Vorteile verschafft. Und dies nicht als Gelegenheits-, sondern als Überzeugungstäter.“

Soweit Müntefering über die CDU. Der Parteivorsitzende Schröder wollte da nicht bescheidener sein. Was sich bei der CDU auftrug, seien „Ungeheuerlichkeiten“. Da sei „mehr in Mitleidenschaft geraten als einzelne Personen einer konkurrierenden Partei“. Also meint er die ganze Partei. Meint er das jetzt bei der SPD auch?

Auch nannte er die Vorgänge „bedrückend“ und bei der SPD sei dagegen „alles in Ordnung“. Die CDU zeichne sich durch „Selbstgerechtigkeit“ und ein „gefährliches Staatsverständnis“ aus. Nun ist der Blick in den Spiegel fällig, um einen Selbstgerechten zu sehen und einen mit gefährlichem

Staatsverständnis. Der Bumerang hat getroffen. Köln und Kiel, Wuppertal und Recklinghausen lassen grüßen. Und da war noch was. Mit Häme und Arroganz hatte die SPD auf die CDU gewiesen – mit erhobenem Zeigefinger. Insbesondere, weil Helmut Kohl keine Spendernamen genannt habe. Die CDU hat sich dafür entschuldigt und die Konsequenzen gezogen. Die SPD müßte vor der eigenen Türe kehren, denn ein Vermerk des damaligen Schatzmeisters der SPD namens Halstenberg weist für das Jahr 1980 sechs Millionen Spenden aus, ohne die Spender benannt zu haben. Der Wortlaut ist eindeutig:

*„Friedrich Halstenberg Bonn, den 31. 12. 80*

*Vertraulicher und persönlicher Vermerk*

*Die folgenden, nach dem Tage des Eingangs im einzelnen aufgeführten Mittel, die von nicht genannten Spendern gesammelt worden sind, wurden mir mit bestimmten Verwendungszwecken der Spender und der Bedingung übergeben, dass die Herkunft der Mittel nicht erkennbar ist und wird. Eine entsprechende Schweigepflicht habe ich zusichern müssen. Diese Mittel habe ich – mit einer Ausnahme – in bar in Empfang genommen, zur Sicherung der Kontrollierbarkeit jedoch in jedem Falle unverzüglich bei der Bank eingezahlt, Barbestände also nicht unterhalten.*

*Die Spenden gingen bei mir ein:*

<i>13.06.1980</i>	<i>DM</i>	<i>2.000.000,-</i>
<i>23.06.1980</i>	<i>DM</i>	<i>45.000,-</i>
<i>30.06.1980</i>	<i>DM</i>	<i>53.050,-</i>
<i>26.08.1980</i>	<i>DM</i>	<i>176.500,-</i>
<i>02.09.1980</i>	<i>DM</i>	<i>2.000.000,-</i>
<i>16.09.1980</i>	<i>DM</i>	<i>1.000.000,-</i>
<i>19.12.1980</i>	<i>DM</i>	<i>1.000.000,-</i>
<i>Gesamtbetrag</i>	<i>DM</i>	<i>6.274.550,-“</i>

Die Spender sind immer noch unbekannt.

Es ist zu hoffen, daß die Bemerkung Raus zur CDU-Affäre: *„Und daß manche so wenig gelernt haben aus dem was in den 80iger Jahren in der Parteispendenaffäre und im Flick-Skandal geschah, das finde ich erschreckend“*, auch für die SPD gilt.

Hoffentlich erleben wir den neutralen Bundespräsidenten in seinem jetzigen Erschrecken.

Wer im Glashaus sitzt, soll bekanntlich nicht mit Steinen werfen, meint der Volksmund. Manche werfen mit Steinen, ohne zu ahnen, daß sie längst im Glashaus sitzen. Erst beim Scherbensammeln werden sie (vielleicht) begreifen.

Die Tage der Tugendwächter à la Müntefering & Co. sind jedenfalls dahin. Ob sie im Scherbenhaufen stehen oder im Sumpf waten, mögen sie selbst entscheiden. Vom hohen Roß sind sie jedenfalls runter. Und das ist auch gut so. In der Konsequenz der damaligen Aussagen müßte es jetzt Neuwahlen in NRW geben. Müntefering müßte bekennen, seine Glaubwürdigkeit verloren zu haben. Man müßte eingestehen, daß die SPD in einer Krise ist und nicht nur einzelne versagt haben. All das

wird man natürlich nicht tun. Ganz im Gegenteil versucht man die Qualität dieses Skandals herunterzuspielen. Dabei bedient man sich zweier Ansätze. Einerseits werde man schnell und rückhaltlos aufklären, andererseits sei im Gegensatz zur CDU kein Spitzenpolitiker à la Kohl involviert. Ob die Aufklärung schneller erfolgt, wissen wir noch nicht. Noch ist immerhin kein aktueller Spitzenmann der SPD mit drin. Aber Karl Wienand war einer. Jener nämlich, der mit Hilfe der Stasi einen Abgeordneten namens Steiner gekauft hat, um Willy Brandt an der Macht zu halten. Und immerhin ist der bedeutendste Landesverband der SPD betroffen. Und dessen Vorsitzender meint, einstweilen gehe es um die Spitzen des Eisbergs. Abwarten. Mit der schnellen Aufklärung à la Münchener ist es jedoch schon jetzt vorbei.

Und schon jetzt sind die Qualitätsunterschiede erkennbar. Und diese betreffen den kriminellen Charakter der Vorgänge und den Schaden, der dem Staat und Steuerzahler zugefügt wurde. Eine Verletzung nur des Parteispendinggesetzes ruft Sanktionen hervor, ist aber nicht strafbar.

Durch die Spendenaffäre Kohl z.B. ist dem Staat kein finanzieller Schaden erwachsen. Wären die Spenden ordentlich deklariert worden, hätte der Staat sogar eine Prämie an die CDU draufzahlen müssen. Die Spender hatten das Geld der CDU geben wollen – und die hat es bekommen. Die Partei erhielt eine Strafe. Das Geld floß in die Staatskasse. Der Staat hat hier also verdient.

Ganz anders bei der SPD. Offenbar geht es um beachtliche Steuerhinterziehungen. Und es geht um handfeste Korruption durch Schmiergeldzahlungen. Insofern ist die Staatsanwaltschaft mehr gefragt als ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß. Bleibt die Frage, ob sich „die SPD und einige ihrer scheinheiligen Patrone für ihr Unterfangen entschuldigen, die CDU insgesamt verbal ins kriminelle Abseits gestellt zu haben“.

## 8. Das Ende von Etwas?

Vor vielen Jahren rüttelte einer am Gitter des Kanzleramtes, weil er partout hinein wollte. Vor vier Jahren haben ihm die Wähler das Tor geöffnet. Er hatte ihnen versprochen, sie zum Aufbruch und in eine bessere Zukunft zu führen: Mit weniger Arbeitslosen, mehr sozialer Gerechtigkeit und moderner sollte es allemal werden. Ob er glaubt, daß dies gelungen sei, weiß man nicht. Sagen tut er es jedenfalls. Aber das ist nicht nur die übliche übertriebene Wahlkampfretorik, dies klingt nach Frivolität. Denn es ist unwahr. Als er im Frühjahr 2002 einsah, daß seine Regierung in der Sache nicht glänzen konnte, um für die nächsten Jahre empfehlenswert zu sein, kam er auf die Idee, den Wahlkampf auf die Person zuzuspitzen. Da schließlich hat der mediengerechte Volksschauspieler einen Vorsprung. „Er oder ich“ sollte die Parole sein. Er suchte den Zweikampf, weil er sich da Hoffnungen machte. In seinen eigenen Worten klang das auch noch einigermaßen überheblich und frech: „Wollt Ihr weiter den Bundeskanzler Schröder oder den Stoiber“.

Natürlich waren das Zeichen der Nervosität, weil man in der Sache nicht überzeugen konnte. Er war der Kanzler der leeren Hände geworden. Mit Öko-Steuer, Homo-Ehe, Renten für Huren, Riester-Rente und langfristigem Atomausstieg kann man die Zukunft des Landes nicht gewinnen. Aber die Partei spielte bei dem Versuch des zugespitzten Personenwahlkampfes nicht mit. Schröder mußte auf die Partei zugehen, weil er sie im Wahlkampf brauchte. So wird es beides geben. Das Duell der Spitzenkandidaten und den Abgleich erreichter Daten mit den Versprechungen und den Blick auf manche Sprüche.

Immerhin wollte er Kinderschänder „wegschließen“. Aber was zählt schon der geäußerte Wille? Geschehen ist nichts. Trotz vergeblicher Subventionen für Holzmann kam er auf die Schnapsidee, die Kirch-Pleite zum Anlaß zu nehmen, Subventionen für den Profi-Fußball ins Spiel zu bringen. Glücklicherweise hat er die Peinlichkeit bald eingesehen.

Sein Versprechen lautete: Deutschland wird zur Ideenfabrik durch Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in fünf Jahren. Statt Verdoppelung allenfalls ein Fünftel mehr.

Vielleicht sollte da die Greencard helfen. Es klingt doch wunderbar, wenn wir wissenschaftliche Spitzenkräfte nach Deutschland holen. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus?: Die deutschen Forscher wandern ins Ausland ab, weil dort die Bedingungen besser sind. Der richtige Weg wäre also, diese Forscher in Deutschland zu halten, statt Ausländer nach Deutschland zu holen. Dann war da der Aufbau Ost, der zur Chefsache wurde. Der sollte mit einem „gebündelten Zukunftsprogramm vorangetrieben“ werden. Aber Wirtschaftswachstum gab es in den neuen Ländern nur dort, wo die CDU regierte. Dafür die höchste Arbeitslosigkeit dort, wo es die SPD mit der PDS trieb. In der keineswegs konservativen Berliner Zeitung las man: „Das Jahr 2002 könnte für den Kanzler zum Jahr der peinlichen Geständnisse werden – versprochen, aber leider doch gebrochen: Arbeitsmarktziel deutlich verfehlt, Lohnnebenkosten nicht gesenkt. Und, höchstwahrscheinlich, auch: Haushaltskonsolidierung mißglückt. Die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben läßt jedenfalls das Schlimmste befürchten. Daß die Steuerreform beträchtliche Ausfälle verursachen würde, hatte Finanzminister Eichel vorausgesehen. Seine Annahmen über die konjunkturelle Entwicklung waren jedoch eine unverantwortliche Schönwetterprognose. Bald wird der Ressortchef vor aller Welt eingestehen müssen, daß Deutschland die selbst gesteckten Konsolidierungsziele verfehlt. Ausgerechnet das Land, das zur Stärkung des Euro auf einem Stabilitätspakt beharrt hatte, wird vertragsbrüchig. Peinliche Stunden drohen dem Kanzler.“ (22./23. 12. 2001)

Im Hinblick auf die Bundesebene haben es die Sozialdemokraten vielleicht verbal stets abgelehnt, mit der PDS zu koalieren. Jüngst hat die PDS-Vorsitzende ihre Bereitschaft für ein Tolerierungsmodell offeriert, falls es für Rot-Grün nach den Wahlen im September nicht reicht. Die verbale Ablehnung war aber auch früher in den Ländern bekundet worden. Inzwischen hat man es in drei Ländern mit der PDS getrieben: Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Sozialdemokraten bereit sind, diese Zusammenarbeit auszudehnen, um schließlich auch auf Bundesebene die Macht mit den Postkommunisten zu sichern. Damit erhalten diejenigen zunehmend Einfluß in der deutschen Politik, die einen deutschen Staat in den Sand gesetzt haben. Jede Politik, die sich diesen extrem Linken annähert, verliert die Chancen, die Zukunft unseres Landes zu sichern. Auch das neue Programm der PDS orientiert sich an den alten Klischees. Auch



hier wird deutlich, daß die politische Mitte nie wirklich der Standort der SPD werden sollte. Es war eine Propagandafloskel.

Deutschland muß sparen, Deutschland fährt einen Konsolidierungskurs, so war es immer wieder vom Finanzminister zu hören. Mit 6,4 Milliarden Transfer-Rubel stand die Sowjetunion bei der DDR in der Kreide. Dafür forderte Deutschland 7,6 Milliarden Euro an Rückzahlungen. Keiner hat geglaubt, daß das finanziell schwache Rußland dies leisten würde. Keiner hat aber auch geglaubt, daß der Kanzler Schröder sich beim Weimarer Treffen mit Putin mit nur 500 Millionen Euro begnügen würde. Muß man sich Freundschaft so teuer erkaufen? „Mit diesem Schuldenerlaß hatte er (Putin) wohl in seinen kühnsten Träumen nicht gerechnet“, hieß es in der Welt. (16.4.2002) Gerhard macht's möglich. Und der Steuerzahler zahlt.

Genauso wie er die nicht nur finanziellen Kosten einer Massen- zuwanderung zu zahlen hat. Endlich hat man auf europäischer Ebene die Problematik begriffen und macht sich gemeinsam ernsthafte Gedanken, wie man die unerwünschte Zuwanderung in das soziale Netz verhindern kann. Da will die Koalition ein Gesetz in Kraft setzen, das nicht geeignet ist, eine Kontrolle und Begrenzung der Zuwanderung zu erreichen. So werden z.B. für die nichtstaatliche Verfolgung wie auch für die geschlechtsspezifische Verfolgung neue Türen geöffnet. Das Nachzugsalter wird nicht so geregelt, daß es eine optimale Integrationschance eröffnete. Diese erkennbaren Mängel müssen Gegenstand des Wahlkampfes sein dürfen. Und die CDU/CSU muß im Falle der Regierungsübernahme eine Verbesserung vornehmen.

Die Liste läßt sich verlängern. Ohne die einzelnen Pannen oder gebrochenen Versprechen ins Gedächtnis zu heben, wächst bei den Wählern der Wille zum Wechsel. Aber natürlich gilt es nicht, den Wechsel um des Wechsels Willen zu erreichen. Vielmehr geht es um den Aufschwung in Deutschland. Und da hieß es bei Gerhard Schröder im April 1998: „Im September können Sie den Aufschwung sicher machen.“ Sie können! Aber der Aufschwung heißt nicht Schröder. Wollen die Wähler in Sachen Aufschwung eher auf Nummer sicher gehen, dann dürfen sie sich an die Parole des DGB aus dem Jahre 98 erinnern: Wählen Sie den Wechsel. Oder sie erinnern sich an den zurückgetretenen Vorsitzenden Oskar und seine Kritik an der ruhigen untätigen Hand. O-Ton Lafontaine: „Und was macht das Volk bei der Wahl? Es verweigert das Kreuzchen. Mit ruhiger Hand.“